

# Gürtel der Volksboten.

Organ für die Interessen der sozialdemokratischen Bevölkerung.

Verlagsort Nr. 2451

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Festsprecher Nr. 224

Der „Gürtel der Volksboten“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 10/12, und die Post zu bestellen. — Preis vierstreichlich, 25 Pf. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungszettel Nr. 4069, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Zeitung oder deren Teile 15 Pf. für Verhandlungen-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf. auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 40.

Sonnabend, den 17. Februar 1906

13. Jahrg.

Flieger einer Beilage.

## Chemnitz.

Die Wahlauswahl im 16. sächsischen Reichstagwahlkreise ist geschlagen; wie nicht anders zu erwarten, ist die Sozialdemokratie auch dieses mal Siegerin geblieben. Der Wahlkreis gehörte ohne Weiteres zu dem sicheren Besitzstand unserer Partei. Doch wir also befriedigt sein könnten, sind wir doch nicht! Ist doch die unerfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß unsere Stimmenzahl um 2638 zurückgegangen ist und zwar zu einer Zeit, wo man eigentlich ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmenzahl auch selbst bei Nachwahlen hätte erwarten müssen. Über die Gründe dieses Stimmenrückganges Macht zu schaffen, liegt nur im Parteivorstehe. Macht aber kann nur gefucht und gefunden werden an der Quelle selbst. Hören wir deshalb zunächst, was unser Leipziger Parteiblatt zu dem Wahlausfall bemerkt:

„Unser Genosse Mosle ist also mit einer Mehrheit von 12 186 Stimmen zum Abgeordneten für Chemnitz an Stelle Schüpp 18 gewählt worden. 12 186 Stimmen — eine stattliche Mehrheit! Indes diese Mehrheit ist kleiner als die, die Schüpp bei der letzten Wahl erzielt hatte. Bei den glorreichen Wahlen am 16. Juni 1903 schlug Schüpp seine beiden Gegner mit einem Mehr von 17 478 Stimmen. Jasofern bietet der Ausfall der Wahl in Chemnitz eine sehr unerfreuliche Erscheinung. Die Stimmen für Mosle sind um 2638 zurückgegangen, während die der Gegner um ebensoviel, genau 2654, zugenommen haben. Der Einwand, daß Nachwahlen im allgemeinen eine schwächere Beteiligung aufzuweisen haben, trifft im Chemnitzer Falle nicht zu, denn es sind bei der Nachwahl fast genau so viel Stimmen abgegeben worden, wie bei den allgemeinen Wahlen vor drei Jahren. 1903 wurden abgegeben 51 054, gestern 51 070 Stimmen, also 16 Stimmen mehr. Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen ist um so empfindlicher, wenn man bedenkt, daß wir in einer politisch bewegten Zeit, in einer Sturm- und Drangperiode leben, die uns einen Zuwachs an Stimmen hätte bringen sollen. Wir dürfen uns aber damit trösten, daß uns nur ein geringer Prozentsatz von Müttern abfristig geworfen ist.“

Wie gesagt, der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmenzahl ist zu bedauern. Die Reaktion hat indes keinen Grund zum Jubeln. Die Politik der Volksbefreiung und Volksentzehrung hat auch bei der gestrigen Erfolgswahl einen empfindlichen Schlag erlitten. Die Stimmen der Kandidaten sind um 2694 zurückgegangen. Dies mag zum Teil daraus zu erklären sein, daß die Wissensschlankdauer die unglücklichste war, die der Ordnungsbetrieb aufstellen konnte. In dem Zuwachs der freisinnigen Stimmen von 3703 auf 9032, d. h. um 5349 Stimmen, kommt die Misszimmung in bürgerlichen Kreisen gegen die herrschende Politik zum Ausdruck. Recken man die freisinnigen Stimmen zur Opposition — die Freisinnigen sind außerordentlich radikal im Wahlkampf aufgetreten, — so standen 1903 den 37 970 Stimmen der Sozialdemokratie und des Freisinnigen 13 684 der „Drauung“ gegenüber, gestern ging das reaktionäre Häuslein auf 9052 zurück, während die Stimmen der Opposition auf 40 680 oder um 2710 zugenommen haben. So unerfreulich also der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen ist, so ist doch auch das gefürchtete Wahlergebnis ein Volksurteil gegen die reaktionäre Politik im Lande und im Reiche, das würdig dem von 1903 an die Seite zu stellen ist.“

„Dieser als unser Leipziger Parteorgan bringt die „Süd. Arb.-Blg.“ in die Grinde des Wahlausfalls ein. Und wir können wohl sagen, daß uns diese Gründe sich haltig zu sein scheinen. Unser Parteiblatt sagt u. a.:

„Diesmal traten wir aber unter verhältnismäßig ungünstigen Verhältnissen in den Wahlkampf ein. Genosse Schüpp hatte sein Mandat nach voraufgegangenen unerwarteten Auseinandersetzungen in der Partei niedergelegt und vorher in Bölkungen eine unverständliche Haltung eingenommen, die gerade den Interessen der Industriearbeiter, die in diesem Kreise den Ausschlag geben, zuwidert. Das mußte natürlich auf die Nachwahl einwirken. Und es war vorauszusehen, daß keine noch so tüchtig betriebene Agitation den schädigenden Einfluss der erwähnten Vorgänge ganz beseitigen kann. Tatsächlich zeigt ein Vergleich der Wahlergebnisse von 1903 und der gestrigen einen Rückgang unserer Stimmenzahl um rund 2700 an. In der Regel gehen ja bei jeder Nachwahl mit Kandidatenwechsel die Stimmen zurück, weil die Bewegung bei einer Nachwahl selten so lebhaft wird wie bei den Hauptwahlen. Das allein würde den Rückgang erklären, wenn nicht noch die oben erwähnten Vorgänge zu berücksichtigen wären. Wir können also mit der erreichten Stimmenzahl zufrieden sein. Unfall zu Jubel haben wir allerdings nicht. Es darf vor allem nicht übersehen werden, daß die bürgerlichen Parteien diesmal einen Stimmenzuwachs um 3000 zu verzeichnen haben. Dieser

Zuwachs kommt indes allein den Freisinnigen zugute, denn der Landtagsabgeordnete Günther hat 5200 Stimmen mehr erhalten als 1903 der freisinnige Professor Heimbauer; der Kartellkandidat hat dagegen 2700 Stimmen erhalten.

Ein gewisser Erfolg des Freisinnigen läßt sich, wie man sieht, nicht wegleugnen. In erster Linie mag dazu das radikale Stebegelingen des freisinnigen Kandidaten im Landtag hinzutragen haben. Viele Wähler sind dadurch über den wahren Charakter der Freisinnipartei getäuscht worden. Dazu kommt aber noch, daß in Sachsen bisher jede bürgerliche Opposition so gut wie tot war. Einen einzigen realistischen Kampf bis dato das ganze bürgerliche Parteien, und der bestreite Teil des Bürgertums mußte einen Sozialdemokraten wählen, wenn er keinen oppositionellen Niedergang durch den Stimmenzettel Ausbruch geben wollte. An diesem Zustande ist in Wirklichkeit auch noch nicht viel geändert worden. Das bei aller Halsheit radikale Verhalten Günthers im Landtag hat aber den oppositionellen bürgerlichen Elementen tapfer gemacht. Jetzt schien der stolze Mann für den lästigen radikalen Spießbürgert gelommen, der aus Angst über die hohen Abgaben und die drohenden Gewichtssteuern schon nahe daran war, sozialdemokratisch zu wählen. Und ein vollendetes Werk der radikalen Spießbürgertum ist dieser Günther auch. Wie er im Brustton sich entzündet, wie er in abfälliger Weise über alles redet und zugleich die Postmacher für etwas Unantastbares hinstellen kann — das ist die Manier aller bürgerlichen Bierbankpolitiker, die sich über Opik oder die Regierung grämen haben. Warum sollen sie ihn jetzt nicht wählen? Nach Roßauer haben ja diese Leute niemals gefragt, wenn sie nur lästige Redensarten hörten, waren sie befriedigt. Und dieses Ergebnis stellt ihnen ja bei freisinniger Wahlstruktur in der Zukunftssicherung.

„Es kommt aber auch noch dazu, daß sich im sächsischen Bürgertum ein Zug nach links bemerkbar macht. Ein besserer Teil bürgerlicher Wähler ist durch die agrarische Politik der Konservativen aufsäsig gemacht worden. Die Steuererhöhung, die Wahlrechtevernichtung, die Unmöglichkeit, die volkseindliche agrarisch-konservative Phalange unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts zu durchbrechen, lutz, das ganze sächsische Elend, haben einen großen Unwillen im Bürgertum hervorgerufen. Der Aufstand der Landtagswähler zeigte bereits an, daß die Stimmenzahl auch unter dem Dreiklassenwahlrecht Ausdruck gefunden hätte. War dadurch auch an der Zusammensetzung der zweiten Kammer nicht viel geändert worden, so war doch der Rückzug links unverkennbar, wenn man den Aufstand der Wahlmännerwähler und die Stimmenzahlen näher betrachtet. Und die Erfolgswahl in Chemnitz hat von neuem dieser Stimmenzahl im Bürgertum Ausdruck verliehen. Ganz sich nun eine Gelegenheit, diesen bürgerlichen Unwillen auszudecken, mußte sich naturgemäß ein Teil jener Wähler, der bisher seiner Unzufriedenheit durch die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmenzettels Ausdruck verliehen hat, wieder dem bürgerlichen Oppositionskreise zuwenden. Und der freisinnige Brummbär Günther schien diesen Leuten der rechte Mann zu sein.“

„Es läßt sich ebenfalls nicht leugnen, daß der Freisinn zum Teil aus den oben erwähnten Gründen in Sachsen in den letzten Jahren wieder an Boden gewonnen hat, zum größten Teil auf Kosten der Nationalliberalen. Die Chemnitzer Nachwahl hat das wieder gezeigt. Wir werden dieser Tatsache, die übrigens nicht einmal gleichzeitig unerfreulich ist, die gebührende Beachtung nicht versagen. Zu einem ernstesten Aufschwung wird es die Christianspartei in Sachsen aber kaum bringen. Eine kleine politische Welle war ihnen glücklich. Ihre eigenen Sünden und Fallos machen werden die Freisinnigen ohnehin bald wieder niederziehen. Wo sie uns die Wege kreuzen, werden wir bald mit ihnen fertig werden.“

„Es hat die Chemnitzer Nachwahl gewisse Beobachtungen auf dem sächsischen politischen Gebiete neu bestätigt. Wir haben keinen Anlaß zur Unzufriedenheit. Aber eine gewisse Mahnung soll uns der Wahlausfall in Chemnitz sein. Die prinzipielle Schulung der Wähler ist nötig, der Ausbau unserer Organisation erforderlich. Kurz, wir müssen uns so schlagfertig ausrüsten, um auch unter den ungünstigsten Verhältnissen mit Erfolg den Kampf führen und zugleich über die Wertigkeit freisinniger Spießbürgertum die nötige Aufklärung verbreiten zu können.“

## Politische Nachrichten.

Berichtsblatt.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag setzte am Donnerstag die Beratung des Gesetzes des Reichs- und des Innern fort. Die große sozialpolitische Generaldebatte hatte mit der Billigung des Postabwesengehalts geendet; so gaben denn die zahlreichen Kapitel und Titel des Reichsamts des Innern und der von ihm rekonstruierten Kämmer — weitgestreckt soweit sie am Donnerstag an die Reihe kamen — zu großen prinsipiellen Förderungen

seinen Anlaß. Beim statistischen Amt regte Genosse Dr. Lindemann eine Verbesserung der recht im Augenblick liegenden Arbeitslosenstatistik an. Eine ausgedehntere Befragung rief beim Statistikamt Gesundheitsamt das Verlangen mehrerer Parteien nach einer „lex Sartorius“ hervor. Schäfe Kontrollmaßregeln sollen die Praktische hindern, ihre Glüten in die Weinländer zu ergießen. Namens unserer Fraktion erklärte Genosse Hartmann ihre prinzipielle Zustimmung zu den Resolutionen auf Ersatz einer lex Sartorius, warnte aber vor übertriebenen Hoffnungen und meinte — wozu Graf Ranck ihm alsbald Recht gab — daß der famose Sartorius nicht der Habscher, sondern nur der Erzappeler Größer ist. Nicht spöttisch äußerte sich auch Staatssekretär Graf Posadowsky, der eine Novelle zum Wohnungsmittelgefecht einer Novelle zum Weingesetz vorziehen würde, und wohl nicht zu Unrecht hervorholte, daß nicht der deutsche Exportwein, sondern nur der Wein, der im Jelande getrieben wird, Mühlbach und anderen Gewässer unterwochen werden. — Die Beratung geht am Freitag weiter.

In der letzten Fleischnotdebatte des Abgeordnetenhauses hatte der Landwirtschaftsminister v. Pobelski gesagt, ein Preis von über 70 Mark für Schweine sei für die Dauer nicht zu ertragen. Tatsächlich ist er durchaus damit einverstanden, daß dieser unerträgliche Preis sich auf dem Schweinemarkt andauern hält. So wurde beispielweise, als Herr v. Pobelski die obige Neuordnung mache, auf dem Elberfelder Markt 73 Mr. notiert und auf dem letzten dortigen Schlachthofmarkt vom 12. Februar für vollständige Schweine sogar 79-80 Mark notiert werden. Dessen ungeachtet unternimmt aber die von dem Schweinezüchter Pobelski in dieser Frage geleistete Arbeitshörde ebenso wenig wie das preußische Staatsministerium irgend etwas, um der horrenden Fleischsteuerung entgegenzuwirken. Wie wird es da erst werden, wenn die neuen Handelsverträge mit ihren erhöhten Böllen auf Fleisch in Kraft treten!

Gute Revolutionsschulen finden wir in wenige Söhne zusammengestellt. Wir wissen sie unbedingt unseren Söhnen zur Kenntnis bringen, was hiermit geschieht:

Bürgerkrieg . . . Gegen die tyrannische Rechtsverlegung ist die Revolte die heiligste aller Pflichten.

Leider ist der bewaffnete Widerstand nicht im Aktionsprogramm . . . Es ist den Beamten überall mitgespielt worden: Stockprügel und Fausthiebe sind ihnen nicht erspart geblieben . . .

Solche Glende sind . . . eine Bande von Verbrechern, gefährlicher noch als die Apachen . . . Und wenn der Mensch wieder käme, würde der selbe wohl zuletzt mit blutigen Kopf von ihnen ziehen.

Es ist ja grundsätzlich jede Gewalttat zu bedauern; aber ebenso muß man anerkennen, daß gegenüber der systematischen Rechtsverlegung die Gewalttat das Legit. Mittel ist, sich zu wehren. Ultimo ration bellum. Im Widerstreit ist die letzte Auslastung des verletzten Rechtes der bewaffnete Widerstand . . . Dann bleibt den Opfern der Unterdrückung nur das Mittel der organisierten Widerstand, des passiven Widerstandes durch Nichtbeachtung der verbrecherischen Gesetze, des aktiven Widerstandes gegen alle positiven Attentate auf die verhängliche Freiheit, die Heiligkeit des Eigentums, die Unvergleichlichkeit des Haussiedens, die Unantastbarkeit der elementaren Menschen- und Bürgerrechte.

Es gibt Rechte, die niemandem fehlt sein dürfen, nicht um die Unzufriedenheit der brüderlichen Rühe, nicht einmal um Gut und Blut . . .

Da gilt kein Spruch: Gesetz ist Gesetz und es muß ausgeführt werden! . . . Und wenn einer seinen Willen und sein Leben dafür in die Waagschale wirft, dann will mit Rücksicht wohlfühler Flucht! Still und gut ab vor dem Welten . . .

Das steht nicht etwa in der sozialdemokratischen Presse, sondern in einem früheren Zeitungsblatt, in dem in Kolmar erscheinende „Gäßischen Kuriere“. Und warum ist das frühere Blatt so revolutionär? Weil das fränkische Volk in seiner übergroßen Mehrheit durch die Parlamente, also auf verfassungsmäßigem, geschichtlichem Wege, Kirche und Staat getrennt hat und nur, um eine Übersicht über die Vermögen der Kirche zu gewinnen, eine Fabrikaraufnahme angeordnet hat.

Flossenbollerproben. In einem Flugblatt der Flottenvereinsbrüder heißt es: „Der Untergang der russischen Flotte lehrt uns, daß wir vor allen Dingen die in unserer Flotte noch vorhandenen, unabbaubaren, veralteten Schiffe sofort durch vollwertige, ganz moderne Kampfschiffe zu ersetzen gesetzen sind, wenn wir nicht 9000 deutsche Seelen im Segelboot in den sicherer Tod senden wollen, wie die Russen bei Tsushima. Dessen Erfolg, diese Sicherung von 9000 unserer Seelen, mußte uns

die Flottenvorlage unbedingt bringen. Die neue Flottenvorlage hat jedoch dies unbegreiflicherweise nicht gebraucht." — Selbst der "guten Presse" sind solche Hirnverbrantheiten zu starker Tabu.

**Aus dem Dreiklassenhause.** Es ist eine bekannte Tatsache, daß jeder sozialpolitische Fortschritt im Reiche von den Schlotjunkern des preußischen Deutschenhauses aufs beständige bekämpft wird. Die Herren sind von einer unsatlichen Arbeitskraft: es genügt ihnen nicht, die preußische Gesetzgebung zum Stillstand zu bringen oder gar rückwärts zu revidieren, sie tun für ihre 15 Mrd. Tagesschäften noch ein Nebliches und suchen auch die sozialpolitische Gesetzgebung des Reiches sohn zu legen. Man hat sich im Laufe der Zeit im Lande zu manches gewöhnen müssen. Aber eine sozialpolitisch so rückständige Rede, wie sie am Mittwoch bei der weiteren Veratung des Bergetats der nationalliberale Abgeordnete von Eynern zum besten gab, ist selbst in diesem Hause unerhörbar. Herr v. Eynern, ein rheinischer Großindustrieller, der in Berlin seine Bürjen vergeblich und in jungen Jahren einige Broschüren gegen die Sozialdemokratie geschrieben hat, hieß es an der Zeit, seinem bedrängten Herzen Lust zu machen und eine große Rede zu schwören, die — wie er selbst meint, in welten Kreisen der Arbeitgeber freudigen Wiederhall finden wird. Auch wir glauben das. Denn auf die Arbeiterklasse wird seinerede nicht ohne Eindruck bleiben; die Arbeiter finden darin ein schier verschöpfliches Agitationsmaterial, das sie gegen den Adauer und seine Freunde nach Kräften ausnutzen werden. In einem Sammelsurium gab Herr v. Eynern nämlich im Anschluß an die „Borussia“-Affäre und den letzten großen Bergarbeiterstreik eine Theorie über die Entstehung von Streiks zum besten, die wenigstens den einen Vortrag hat, daß sie in nationalökonomischen Lehrbüchern bisher noch nicht zu finden ist: Streiks entstehen durch Lappalaten; zusammen sozialdemokratische Agitatoren aus Berlin an einen Streik, konstituieren sich als Streikkomitee und proklamieren in Streik, ohne daß die beteiligten Arbeiter etwas davon wissen. So ist auch der große Bergarbeiterstreik im Ruhrort entstanden, der im Grunde genommen auf mangelnde Ausschreitungen und Aborte zurückzuführen ist. Nachdem Herr v. Eynern sodann gegen den „Sitten- und Moralsündiger“ Graf Posadowsky geweitet hatte, den er anscheinend für einen verlappten Sozialdemokraten hält, fasste er was über Heimarbeit und Heimarbeiter Ausstellung, offenbarte eine neue Weisheit, wonach die Heimarbeiterfrage doch gelöst werden könne, daß die Presse für die Probleme Heimindustrie verdoppelt werden und stimmte ein langes Papier über den armen Arbeitgeberstand an, der durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht fast ständig von der Vertretung im Reichstage ausgeschlossen sei. Das sei das größte Unglück, das über Deutschland gewesen sei; denn nun hätten die Sozialdemokraten es in Hand, den Reichstag nach ihrem Willen zu lenken. Der Suß seiner Rede, die er — wir betonen das, um Herrn v. Eynern vorzubereugen — im nächsten Runde hielt, sollte in der Forderung, mit der sozialen Gesetzgebung zusammenzugehen. Schon jetzt, meinte er, seien Besitzveränderungen von Arbeitgebern infolge von Beunruhigungen Schikanierungen seitens der Arbeiter keine Seltenheit. armes Arbeitgeber! Wir haben bisher mit dem Grafen Posadowsky geglaubt, daß Reichtum und Besitz etwas Unheimes seien. Es scheint doch, daß der Vorwurf, Graf Posadowsky seien das praktische Leben nicht, berechtigt ist; sonst würde er mit Herrn v. Eynern den Besitz für Blage halten. — Minister Deibert nahm das Wort, nicht etwa, um sich energisch für soziale Reformen und eine endliche Verwirklichung der Februarerklasse ins Zeug zu legen, sondern um sein Bedauern darüber auszudrücken, in der Öffentlichkeit die Arbeitgeber als rückständige, totiäre Menschen hingestellt werden. Wohl gemerkt, Rede hieß der Minister nach dem Eynerschen Plauso. Die Arbeitgeber tun nach Ansicht der neuen Exzellenz viel für die Arbeiter, und zwar freiwillig! Nach ehrlicher Tradition will der Minister gern die Arbeitgeber ermutigen über sozialpolitische Maßnahmen hinzuziehen; daß auch die Arbeiter gehört werden sollen, sagte der Minister kein Wort. Ueberhaupt scheint er sich wenig um Arbeiterbeziehungen zu kümmern; sonst wäre es nicht möglich, daß er erst jetzt im Anschluß an die Heimarbeitserklärung batlangt, die Behörden sollten sich einmal über den Anschluß der Heimarbeiter informieren. Ist es dem Minister nicht bekannt, daß vor zwei Jahren ein großer Arbeiterkongress in Berlin getagt hat? Allerdings war die preußische Regierung durch Abwesenheit während des Kongresses schreckliche Mißstände auf dem Gebiete der Arbeit aufgedeckt wurden. Ist es dem Herrn Minister bekannt, daß auf diesem Kongress Anhänger der verschiedenen politischen Parteien in Verein mit Männern der Presse bestimmte Forderungen aufstellten, deren Ergebnis das Ende in der Heimindustrie erheblich verhindern kann? Ist es dem Herrn Minister unbekannt, daß schon vielen Jahrzehnten in zahlreichen Publikationen das Ende der Heimindustrie geißelt wird? Weiß der Herr Minister nichts von den Reichstagdebatte, in denen immer wieder die Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Eises gegen die Schäden der Heimarbeit betont wurde? Ist doch das wenige, was man von einem Minister sozialpolitisch verlangen müßte. — Im übrigen sprach der Sitzung, die im Interesse eines baldigen Entledigung des Staats gegen 1/2 Uhr abgebrochen und auf den Montag wurde, viel über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter, wobei sich der Minister, der wieder die Debatte eingriff, stets auf die Seite der Kohlenfamilie stellte. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß selbst dann wie Möller sozialpolitisch weiter fortgeschritten als Delbrück, von Berlepsch, der zur Durchführung einer Erloste berufen war, auf Delbrück und Möller, Möller auf Delbrück — das kennzeichnet die Sozialpolitik in Preußen. Die Kera sozialer Reformen ist in vorläufig abgeschlossen, sie wird erst dann wieder aufgenommen, wenn es der Sozialdemokratie gelungen sein wird, das Dreiklassenparlament ihren Einzug zu halten. Der wichtigste, sondern Element ist Kandidat unserer

icht Sitz, sondern Element ist Standort unserer in dem bisher vom freisinnigen Wirkparteierte Saar- us vertretenen Wahlkreis Kaiserslautern, imbolgenden geworden. Die von uns wiedergegebene bürgerlicher Blätter war also falsch. Die Auf- des Landtagabgeordneten Genossen Element, der über schon im Kreise kandidierte, erzielte einstimmig.

Einen interessanten Geheimerlaß des preußischen Finanzministers veröffentlicht unser Rasseler Parteiblatt. Der Erlaß lautet:

# Der Finanzminister

S.-J. No. 1373

Berlin, den 4. Dezember 1905.

## Gebet.

Seiner Majestät dem Kaiser und König ist nach einer Mitteilung des Herrn Justizministers über ein kürzlich erschienenes, bei Alerhöchste Person Seiner Majestät betreffendes Werk des französischen Narratoren-Sammlers Grand Cartaret: „Lai“ devant l'objectif caricaturel (Paris, Librairie Nilsson) Vortrag gehalten worden. Auf Alerhöchsten Befehl soll von einer Strafverfolgung wegen des Inhalts dieses Werkes, sowie von seiner Beschaffung Abstand genommen werden.

Euer Hochwohlgeboren ersuche ich, die Amtsstellen des  
dortigen Verwaltungbezirks alsbald vertraulich zu  
verständigen, daß sie sich, wenn Exemplare des bezeich-  
neten Werkes zur Einfuhr gelangen sollten, der Herab-  
führung der gerichtlichen Beschlagnahme und einer soasli-  
gen Enteignung zu enthalten habea. Die Beamten der  
Staatsanwaltschaft sind vom Herrn Justizminister verma-  
laft worben, eine etwa vorher verfügte vorläufige gericht-  
liche Beschlagnahme aufzuheben.

gez. Freiherr v. Rheinbaben.

## Un sämliche Herren

Provinzialsteuerdirektoren.  
Es war jedenfalls ein recht vernünftiger Entschluß Wilhelms II., auf die ihm wahrscheinlich vom Justizminister empfohlene Beschlagnahme des Karristurenwerkes nicht einzugehen, sinnvoller war es wohl auch oben nicht ganz unbekannt sein dürfte, daß verbotene Bücher meist desto leichter gelauft und gelesen zu werden pflegen. Von einer Krasverfolgung hätte wohl überhaupt kaum die Rede sein können.

Wahlrechtsverschlechterungen allüberall. In der sächsischen Ersten Kammer erklärte der Dresdener Obergermeister Beutler anlässlich der Beratung einer Petition: Erweiterung des Bürgerrechts, er halte eine Änderung der Städteordnung in dem Sinne für richtig, daß das Gemeindewahlrecht anders gestaltet werde, um einer Herrschaft der Massen in den Städten vorzubeugen. — Während also das Volk um eine Verbesserung des Wahlrechts kämpft, hegen die Herren in der Ersten Kammer vorze Bläne, wie sie das Recht des Volks weiter verfeinern können. Diese „Erfülligen“ haben aus der Ge-  
richts nichts gelernt!

Die Steuerkommission des Reichstages setzte am 1. August die Beratung des Reichsstempelsteuergesetzes bei Abschnitte fort, der die Personenfa hrlä rten öfft. Nach längerer Debatte wurde der Antrag Becker Genossen mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen, wobei die Eisenbahnfa hrlä rten in der ersten Wagenklasse mit 1 $\frac{1}{2}$  Pf. pro Kilometer besteuert werden sollen. Ferner in Dampfschiffarten mit einer Steuer von 1 $\frac{1}{4}$  1 $\frac{1}{2}$  Pf. belegt werden. Für diesen Antrag stimmte Becht um, die Reichspartei und die Nationalliberalen, welche Steuer würde dem Reiche 45 Millionen erbringen. Die Vertreter der einzelnen Bundesländer sprachen ihre Bedenken gegen den Antrag aus. Lachensfeld hießt ihn sogar für unannehmbar. Reichssekretär Freiherr von Stengel erklärte, die indeten Regierungen könnten erst im Plenum in der ersten oder zweiten Sitzung Stellung zu dem Antrag Becker nehmen. Mit der Annahme des Antrages Becker ist die Regierungsvorlage gefallen. — Am Mittwoch 2. August stimmte die Kommission einstimmig die Regierungsvorlage ab und schied die Novellierung der Säge der Automobilsteuer ab und nahm gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen einen Kompromißantrag des Nationalsozialisten und des Zentrums (Antrag Becker) über eine erweiterte Normierung der Säge der Automobilsteuer an, welchem Regierungsvorlage grundsätzlich zugestimmt worden war. Abg. v. Dreyer (Röss) stimmte für die zweite Lesung einige Änderungsanträge zum Antrag Becker an. Gegenüber wurde der Antrag Becker abgestimmt, wonach die Erlaubnisfikte für ein Jahr ausgestellt wird, wenn nicht eine längere Zeit beantragt ist. Dafür werden die übrigen Bestimmungen des Automobilsteuergesetzes angenommen. — Am gestrigen Donnerstag 3. August beratete die Regierungsvorlage, betr. Nutzungsteuern, Lohnsteuer. Der von uns eingebrachte Antrag Norden und betr. Kantinensteuer wurde gegen 10 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten das Zentrum, einer partei unabh. Bereicherung und ein Nationalliberaler. Antrag Müller-Fulda betr. die Besteuerung der Aktien, Scheine und Unternehmensscheine usw. wurde zurückgestellt. Reichssekretär erklärte, daß der Bundesrat die Novelle zum Reichsstempelgesetz, in der unter anderem Vorschläge wegen der Besteuerung der Aktien enthalten waren, für zügerster Frist dem Reichstage vorlegen werde.

## **Schweden.**

Eine vereitelte Lohnbewegung des Kronprinzen.  
Der Reichsmarschall ersuchte in der vorigen Woche den Finanzminister, für eine Erhöhung der Apanage des Kronprinzen zu sorgen, die in dem Budgetvorschlag, der bereits im Staatsausschuß zur Beratung vorliegt, wie bisher auf 270 000 Kronen festgesetzt ist. In dem Schreiben des Reichsmarschalls wurde ausgeführt, die Haltung des Kronprinzen sei durch den Fall der norwegischen Apanage, die nur in vertragtem Grade für rein norwegische Zwecke gebraucht worden sei, in eine „kümmerliche Lage“ gelommen. Zugleich hat der König im Staatsrat erklärt, er würde nicht, daß unter den gegenwärtigen Umständen beim Reichstag ein Vorschlag auf Erhöhung der körperschaftlichen Apanage vorelegt werde. Es scheint also nicht recht überzeugt zu sein von der kümmerlichen Lage seines ältesten Sohnes. — Leider ist es ein merkwürdiges Geständnis, daß die Söder, die das arme Norwegen Jahr für Jahr für den „norwegischen“ Kronprinzen aufbrachte, größtenteils von dem „schwedischen“ Kronprinzen in Schweden verputzt wurden.

Russland.

**Verfolgung der Anhänger Tolstojs.** Wie zu den Seiten des ermordeten Ministers v. Plehwe, so werden auch

jetzt auf Veranlassung des russischen Ministers des Inneren Durnovo, die Anhänger Tolstojs (sogenannten Tolstowj) mit besonderer Strenge verfolgt. Für die russische Provinzbehörde genügt ein Befehl aus Petersburg, im weiteren Vorgehen aber brauchen die russischen Amtsbeamten keine Direktiven. So dass es auch nicht wundernehmen, da gegen mehrere in Saratow wohnende Personen, die sich an Tolstowj hielten, und Tolstojs Schriften verbreiteten, soeben Anklage wegen Aufreizung zum bewaffneten Aufstand erhoben ist. Die Saratower Behörde hat hier, wie das in Russland oft geschieht, der Anklage zu Grunde gelegt, da Tolstojs Schriften, zumal die der jüngsten Zeit, denen der Revolutionäre gleichzustellen sind. Da aber die Verbreitung der revolutionären Schriften gegenwärtig in Russland mit besonderer Strenge gehandelt wird, so ist jetzt daselbe auch bei Tolstowj.

Räuberbanden an der Arbeit. Aus Petersburg wird gemeldet: Zwei mit Revolvern bewaffnete Männer, von denen einer eine schwarze Mütze trug, drangen in die russische Abteilung der Staats-Sparkasse. Der eine rief den Anwesenden zu, daß er sie verhaftete und feuerte drei Revolvergeschüsse ab, die den Waffehersteller streckten. Der zweite Lebeltäter griff unverdrossen den Kassierer an, doch verfehlten seine Schüsse das Ziel. Der Kassierer entzog ihm den Revolver und betäubte ihn durch einen Schlag. Einige Anwesende versuchten erschrockt über die Hintertreppe zu entkommen, ließen aber auf andere Bewaffnete, die nun in das Lokal einzudringen versuchten und auf das Publikum feuerten. Als sie Widerstand fanden, ergreiften sie die Flucht. Drei Personen wurden verwundet. Außer dem durch den Schlag des Kassierers betäubten Einbrecher wurden noch vier verdächtige Personen verhaftet.

Russische Justiz. Ein jüdischer Arbeiter nomens Saslawsky, der während einer der letzten politischen Massakrenen in Kiew einen Anschlag auf das Leben eines Polizisten verübt haben sollte, wurde, da keine Beweise vorliegen, und alle Augenzeugen das Attentat ableugneten, von Kriegsgerichten freigesprochen und nur wegen Ruhesförderung drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das antisemitische, fisiöse Blatt „Kiewjanin“ brachte dann eine ganze Woche lang Artikel gegen dieses Urteil mit heftigen Hetzreden gegen die Juden, worauf Saslawsky dann wieder verhaftet und vor dem Gerichte, diekmal aber dem Kriegsgerichte übergeben wurde, das ihn nun zum Tode verurteilt hat. Die leichte Entscheidung hängt vom Generalgouverneur Suchomlinow ab, der den zum Tode Verurteilten zu Zwangsarbeit begnadigen kann. Suchomlinow, der einer kleinen Generalgouvernere ist, welche die Macht der Revolutionäre nicht auf sich gezogen haben und der in Kiew sehr populär ist, hat bisher noch kein Todesurteil unterschieben. Der Verteidiger des Angeklagten äußerte, daß die Abvolaten und Juristen fest davon überzeugt sind, daß Saslawsky unschuldig sei und man nur die jüdische Bevölkerung doch mehr einschüchtern wollte.

**Der Absolutismus vor der Abdankung.** Der absolutismus versucht, der kommenden Volksvertretung — welche Form sie auch annehmen möge — möglichst geschäftsmäßige Arbeit vorwegzunehmen. Die russische Regierung entwickelt eine bemerkenswerte Tätigkeit, die daran gerichtet ist, dem Lande noch vor der Einberufung der Stände diese alten Gesetze und Bestimmungen zu geben, von den ersten Volkswählern in Russland nach Meinung jüngsten russischen Staatsrätsler nicht widersprechend geändert werden könnten. Nach dieser Richtung werden in Zarstoje Selo fast täglich kleinere oder größere Konzessen abgehalten, wonach das betrifftende Gesetzprojekt Ministerrat, dem „besonderen Rat“ oder dem Reichsrat weiteren Bearbeitung überwiesen wird. So soll sich der russische Ministerrat noch im Laufe dieser Woche mit einem Projekt zum Schutze der russischen Staatsordnung beschäftigen, das vom russischen Ministerium des Innern ausgearbeitet worden ist und Ausschließlich bestimmt machen soll den Schutz der Staatsordnung und der öffentlichen Sicherheit in Russland vor sieht. Zwar haben sich die Opposer des neuen Projektes bemüht, denselben die Beleidigungen des Zarrenmanifests vom 30. Oktober zugrunde zu legen; im großen und ganzen aber wird durch russische Administratoren nach wie vor die weiteste und gleichmäßige Beschränkung des Wahlrechts in Bezug auf die Verhängung von Ausschließbestimmungen gewahrt, wenngleich diejenigen, die jetzt in Russland geltenden Vorschriften betreffend verstärkten Schutz und Ausschließbestimmungen aufgeworben werden. Das neue Projekt besteht im ganzen aus Paragraphen

### Structure.

**Die lieben Freunde.** Präfident Loubet empfing den zuflügigen Botschafter Melidow, der vom Kaiser Nikolaus dem besonderen Auftrag hatte, dem Präsidenten Loubet aus Wunsch des Ablauses seiner Amtszeit die Gefühle persönlicher Freundschaft des Kaisers ernst zum Ausdruck zu bringen und ihm zu sei Anwesenheit die Fälsignien des Unberechenbaren in Brillanten zu überreichen.

Gegen den Militarismus! Die Internationale Antimilitärische Assoziation hat das Blatt, deren Unterzeichner, Herr e und Genossen, vor kurzem verurteilt wurden, bei Gelegenheit der Rekrutenaushebung ebendas annehmen lassen. Es trägt jetzt mindestens zwanzigtausend Umlaufschriften. Ein Postskriptum erklärt, die Autoren der Unterzeichner stachen dem Staatsanwalt zur Verfügung. — Der Justizminister hat beschlossen, die Urheber des neuen antimilitärischen Aufrufs strafrechtlich verfolgen zu lassen. Es heißt, daß die Staatsanwaltschaft die Anklage auf Grund des Amnestiegesetzes (!!) erheben wolle, um sie vor das Buchtgalionsgericht stellen zu können.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag den 16. Februar

Freitag, den 16. Februar.  
Zugang von Werftarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptunwerft ausgesperrt sind!

Über den Ban von H. Kröger, Lindenstraße, ist  
seitens des Männerverbandes die Sperrre verhängt.  
Die Schweizer Regierung will gegen die Männer

Die Schweizer Regierung will gegen die Anarchisten und solche Leute, die man mit oder ohne Grund als solche denunziert, mit Gefängnisstrafen vorgehen. Natürlich findet unser Amtsblatt das fauliger Meinungswandel.

spannendste leistet, das Verfahren der Schweiz höchst loblich und nachahmungswert. Am Schluß eines diesbezüglichen Artikels heißt es: "Den Anarchisten durfte es bald ungemüthlich werden in der Schweiz ihrem alten Schlupfwinkel. Und ein Teil von ihnen wird sicherlich nach Deutschland übertreten, wie denn schon ähnliche schlimme Elemente über die Ostgrenze zu uns gekommen sind. Da heißt es, die Augen offen halten. Soll das starke Deutsche Reich sich in Bekämpfung solcher Gesellen, die an der Seite unserer Sozialdemokratie stehen, von der kleinen republikanischen, freien Schweiz beschützen?" — Also auf zum Kampf gegen die Sozialdemokratie! Für einen studierten Herrn eigentlich zu dummkopf ist jedoch die Bemerkung, daß die Anarchisten an der Seite unserer Sozialdemokratie fechten. Wer nur den geringsten Schnäppchen vom Wesen der Sozialdemokratie hat, kann solchen Unsinn nicht produzieren. Bezeichnend ist die Tendenz des Artikels, die dahingeht, jede freiheitliche Bewegung durch den Stütze zu unterdrücken.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, den 19. Februar 1906, stattfand, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Wahl des ersten Stellvertreters des Vorsitzers. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates. 1. Abänderung des am 24. Oktober 1882 zwischen dem Finanzdepartement und Henry Koch abgeschlossenen Vertrages. (Am 29. Januar uneinledigt geblieben.) 2. Ertrag von Ländereien an der Elbe und am Ufer der Elbe-Tiave-Mars. 3. Feststellung der im Rechnungsjahr 1906 auszuführenden Plakatungsarbeiten in der Stadt. 4. Errichtung eines festen Senats bei dem Hause des Oberlandesgerichts. 5. Neubau der dritten Polsternbrücke u. w. d. a. 6. Nachträge zum Gesetz vom 15. Dezember 1902, das Städtebau-Gesetz betreffend, zu der Notariatsordnung vom 23. April 1900 und zu der Verordnung vom 11. November 1840, die Erwerbung und Ausübung von Apothekergerechtsamen betreffend. IV. Antrag von Zug, Pape und 9 Bürgerschaftsmitgliedern: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr eine Vorlage einzubringen, wonach den nothleidenden Deutschen in Russland 5000 Ml. Unterstützung gewährt werden". (Am 29. Januar uneinledigt geblieben).

Das Staatsbudget für 1906 schließt mit einem Fehlbetrag von 115 341,25 Ml. ab. Die Einnahmen sind geschätzt auf 7 750 531,73 Ml., die Ausgaben auf 7 865 872,96 Mark. Der Senat schlägt vor, zur Deckung des Fehlbetrages 111 968 Ml. der Reservelasse zu entnehmen und den Rest von 3383,23 Ml. aus neuen Einnahmquellen zu decken. Als solche kommen in Betracht und sind vom Bürgerausschuss auf Anregung des Finanzdepartements bereits festgestellt worden die Erhöhung der Hundesteuer, der Gebühr für Jagdkarten, ferner Erhöhung des Schulgeldes der Erneinstenschule, der Schankgewerbesteuer, der Gebühren des Polizeiamtes und der Steuern für den Gewerbetrieb im Umherziehen. — Das Budget der Verwaltungsbüro für städtische Gemeinden in Anstalten schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2 848 000 Ml. ab. Als Zahlung an das Finanzdepartement ist wie in den Vorjahren die Summe von 500 000 Ml. eingestellt, für den Reservefonds ist eine außerordentliche Zuwendung von 50 000 Ml. vorgesehen. Die Grund- und Gebäudesteuer soll mit sechs Einheitssätzen erhoben werden: ihr Gesamtertrag ist auf 573 879,06 Ml. geschätzt. Für unvorhergesehene Ausgaben würden 134 889,64 Ml. verfügbart bleiben. Der Bürgerausschuss, dem diese Budgets zur Beratung vorlagen, verweis auf eine Kommission.

Der Bürgerausschuss stimmte in seiner letzten Sitzung den Senatsanträgen, betr. Bewilligung von 1700 Ml. für den Neubau der Leichenkammer des Heiligen Geist-Hospitals, sowie Bewilligung von 1220 Ml. für die Umgestaltung der Waschküche der 11. Haushaltungsschule in eine Kochküche und für deren Ausstattung zu. Der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen wurde der Senatsantrag, der besagt, daß für die Aufführung eines neuen Kochherdes nebst Wärmschrank, sowie für die Beschaffung einer Wascheinrichtung, nebst Mangel für das Allgemeine Krankenhaus die Beträge von 1500 Ml. bzw. 11 000 Ml. in das Staatsbudget für das Rechnungsjahr 1906 eingestellt werden. Ferner empfahl der Bürgerausschuss die Mitgenehmigung der Neuanschaffung einer Registraturstelle beim Finanzdepartement sowie die Einrichtung der Stelle eines pensionsberechtigten Hilfsarbeiters bei der Armenanstalt. Das Budget der Armenanstalt hat einen Fehlbetrag von 20 000 Ml. aufzuweisen. Der Senat beantragt deshalb, daß der Armenanstalt zur Deckung ihres Fehlbetrags im Rechnungsjahr 1906 ein Zuschuß bis zu 20 000 Ml. aus den Mitteln der Verwaltungsbehörde für katholische Gemeindeanstalten bewilligt werde. Der Bürgerausschuss sprach sich für diesen Senatsantrag aus.

Über die „maßgebenden“ Kieler Zeitungen macht der unverantwortliche oberste Leiter unseres Amtsblattes einige Mitteilungen, die bei allen Sachkennern fröhliche Heiterkeit erregen dürften. Es ist nicht unsere Aufgabe, ausführliche Betrachtungen darüber anzustellen, was man natürlich unter dem Begriff „maßgebende Zeitungen“ versteht; im allgemeinen wird man jedoch annehmen, daß es sich um Blätter handelt, die durch ihre prinzipielle Haltung oder sonstigen vortrefflichen redaktionellen Leistung einen großen Leserkreis erworben haben. Nun zählt das Amtsblatt als „maßgebend“ die Kieler Zeitung, die Kieler Neuesten Nachrichten und die Nord-Ostsee-Zeitung auf. Wir wollen hierzu einige Erläuterungen geben. Die Kieler Zeitung, ein in sprühend fröhliges Blatt, hat es durch ihre wechselseitliche politische Haltung fertig gebracht, ihre Leser auf ein verhältnismäßig kleines Minimum zu beschränken, die Nord-Ostsee-Zeitung mußte vor einiger Zeit schwindsüchtig halber ihr Erscheinen einstellen und ist erst seit kurzem zu einem neuen bejammernswerten Dasein erwacht werden, während die Neuesten Nachrichten infolge ihrer politischen Charakterlosigkeit (sie sind angeblich unparteiisch) allerdings über einen großen Leserkreis verfügen. In Kiel gibt es eigentlich nur eine einzige Zeitung, die für größere Kreise maßgebend ist, nämlich die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, die in alle Volkskreise bringt und infolge ihrer kraftvollen prinzipiellen Haltung Beachtung findet. So etwas erwähnt natürlich unser amtliches Organ nicht. Wir sagen das nur, um zu zeigen, was man in der Königstraße seinen Lesern widerstreitlos erzählen kann. Es würde ungünstig auf dasselbe herauskommen, wenn man den Kieler vorhersagen würde, daß das Amtsblatt sei das maßgebende Blatt in Lübeck, weil es die amtlichen Bekanntmachungen zuerst enthält. Hier am Oste darfste man solchen Stohl allerdings nicht bringen, denn heinrich jedes Kind weiß, daß die „Lübeckischen Anzeigen“ wohl alle amtlichen Inschriften, aber sehr wenig Absonnen haben.

Übersicht der Geschlechter, Geburten und Sterbefälle in der Stadt Lübeck im Monat Januar 1906. Geschlechterzahlen fanden statt 45. Geborenen sind 217 Kinder, davon 133 männlichen, 84 weiblichen Geschlechts, totgeboren 3 Knaben, 3 Mädchen. Gestorben sind 64 Personen männlichen, 53 weiblichen Geschlechts, in Summe 117. Demnach Überschüß an Geburten 69 resp. 31, ins-

gesamt 100. Auf 1000 Einwohner waren 27,87 Geburten, 15,03 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren sie bis zu 1 Jahr 38, von 1 bis zu 5; 14, von 5 bis zu 15; 2, von 15 bis zu 30; 8, von 30 bis zu 60; 22, von 60 bis zu 70; 9, von 70 bis zu 80; 16, 80 Jahre und darüber 8. Die Todesursache war angeborene Lebensschwäche und Bildungsfehler (im ersten Lebensmonat) in 7, Altersschwäche (über 60 Jahre) in 5, Kindbettfieber in 6, andere Folgen der Geburt (Fehlgeburt) oder des Kindbetts in 1, Scharlach in 2, Malaria und Malaria in 1, Diphtherie und Strupp in 3, Stechhusen in 4, Typhus in 5, übertragbare Tierkrankheiten in 6, Rose (Grypich) in 1, andere Wundinfektionskrankheiten in 6, Kinderfieber in 1, andere Organe in 2, akute allgemeine Miliartuberkulose in 1, Lungenerkrankung (Pneumonie) in 6, Tuberkulose in 1, andere Übertragbare Krankheiten in 1, Krankheiten der Atmungsorgane in 7, Krankheiten der Kreislauftorgane in 13, Gehirnenschlag in 7, andere Krankheiten des Nervensystems in 11, Magen- und Darmfieber, Durchfall in 8, andere Krankheiten der Verdauungsorgane in 6, Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane in 10, Krebs in 8, andere Neubildungen in 3, Gewaltsamer Tod: Selbstmord in 2, Mord und Totschlag, sowie Hinrichtung 6, Berungsfürcht oder andere gewaltsame Einwirkung in 6, andere benannte Todesursachen in 1. Todesursache nicht angegeben in 8 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 48, Vorstadt St. Jürgen 7, St. Lorenz 35, St. Gertrud 9, in Kranken- und Heilstätten 18.

Nener Frauenverein. Man schreibt uns: Wir möchten nicht unterlassen an dieser Stelle auch den Volksunterhaltungsbund am Sonntag den 18. Februar im Konzerthaus Flinshausen aufmerksam zu machen. Das Programm des Abends ist wie gewöhnlich sehr abwechslungsreich. Nach einem höchstinteressanten Vortrag über „Vordenfamilien“ folgen Gesangs- und Klaviervorträge und den Schluss bildet ein sehr ansprechendes Lustspiel „Der Pflegemitus“, welches mit vortrefflichen Rollen vorgelesen und gewiß große Heiterkeit erregen wird.

Stabthallen-Theater. Aus dem Theaterbüro schreibt man uns: Sonnabend gelangt „Die Brüder von Messina“ zur Aufführung. Gorgältig nach der Einrichtung des Hamburger Stadttheaters inshenkt, ist gerade dieses Werk angetan, das größte Interesse zu erwecken. Jeder Platz kostet 50 Pfg., und wer sich einen guten Platz sichern will, dem möchten wir raten, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen. — Als letzte große Fremden-Doppelvorstellung zu einfachen Preisen geht Sonntag außer die beliebte Oper „Wignons“ in Szene. Den Schluss bildet das Birch-Pfeiffer-Schauspiel „Die Weise aus London“.

ph. Festgenommen wurde ein hiesiger Hafen-Borbeiter, der 30 Riesen Höringe sich beim Löschchen eines Dampfers rechtswidrig aneignete und einem hiesigen Kaufmann, der sie sofort nach außerhalb versandte, verkaufte. Letzterer, der sich der Gehörerei schuldig mache, wurde ebenfalls festgenommen.

ph. Erwischte. Ein mit dem Dampfer „Westküsten“ heute morgen von Kopenhagen hier eingetroffener Handlungsgeschäft aus Lübeck, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Betruges und Unterschlagung steckbrieflich verfolgt wird, wurde festgenommen.

kleine Chronik der Nachbargebiete. Für den Hauswirt Carlsten in Lupensdorf, der wegen Kränklichkeit sein Mandat als Landtagsabgeordneter für das Fürstentum Ratzeburg niedergelegt hat, ist von den Hauswirten des zweiten Bezirks der Vogtei Lupensdorf der Hauswirt Heinrich Böck aus Petersberg mit 20 Stimmen gewählt. Bei allen Abgeordneten ist durch Einschreibebrief angefragt worden, ob sie den Landtag besuchen würden; sie haben sämtlich ihr Erscheinen zugesagt. — Frhr. v. Kellingen erhielt beim Fechten in der Marineschule in Kiel durch einen Helmstoß eines Kameraden mittels eines Dolches schwere, lebensgefährliche Verletzungen. — Der umfangreiche Hof des Hofbesitzers Jürgensen in Hoitup bei Tondern ist abgebrannt. Das Feuer griff so rasch um sich, daß an eine Rettung nicht zu denken war; die Löschmannschaften hatten genug zu tun, um die angrenzenden Höfe zu schützen. Das gesamte Inventar verbrannte, außerdem kamen drei Kühe, ein Pferd, zwei Hirschkauen und eine größere Anzahl Hühner in den Flammen um.

Schönberg. Lohnbewegung. Wie die bürgerliche Presse berichtet, fordern die Maurer und Zimmerer des Flügelentums Ratzeburg vom 1. April ab von den Meistern eine Lohnerhöhung von 35 auf 40 Pfg. pro Stunde bei einer 10stündigen Arbeitszeit. Die Meister waren nun versammelt und beschlossen, um einen in Aussicht stehenden Streit zu vermeiden, eine Lohnerhöhung von 35 auf 38 Pfg. pro Stunde einzutreten zu lassen, wenn die Gesellen sich verpflichten, in 4 Jahren keine neuen Forderungen zu stellen. — 3 Pfg. Lohnerhöhung und 4jährige Fristdauer ist ein Entgegenkommen, das von Gesellenseite wohl schwerlich abgelehnt wird.

Hamburg. Herr Denzin auf dem Kriegsschauplatz. Bekanntlich ist bei dem Vorstand des Bürgervereins zu Hamburg von 1871 der Antrag eingereicht worden, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung das Ersuchen an Herrn Denzin zu stellen, wegen seines Verhaltens zum Wahlrechtsumsturz aus der Bürgerschaft auszuscheiden, widrigfalls sein Ausschluß aus dem Verein erfolgen soll, weil er den Beschlüssen des Vereins zuwider gehandelt hat. Nun mehr hat, wie mitgeteilt wird, Herr Denzin gegen einen Unterzeichner des Antrages, der langjähriges Mitglied des Bürgervereins ist, Strafanzeige wegen Nichtigung erstatten lassen und zwar durch den Rechtsanwalt Dr. Bauer, dem jetzt in die Bürgerschaft gewählten ehemaligen Gegenkandidaten Denzins, der bei der Wahltagung von den Denzinnmännern angefeindet worden ist. — In dem fraglichen Antrage ist natürlich keine Spur von strafbarer Notigung enthalten. — Der portierte. Mit dem Dampfer „Kronprinz“ sind drei junge Boeren hier eingetroffen, die wegen Landesverrats vom Bezirksgericht in Windhuk zu fünf Jahren zehn Monaten bis fünf Jahren vier Monaten Gefängnis verurteilt worden sind. Die Gefangenen sollen ihre Strafe in Deutschland absitzen und sind vorläufig nach Harburg gebracht worden. Demnächst sollen noch sieben Landesverräte von Deutsch-Südwestafrika hier eintreffen.

Hamburg. Der Hamburger Wahlrechtswraub in der Spezialberatung. Vor Eintritt in die Tagesordnung der letzten Bürgerschaftssitzung wurden zwei Senatseingänge verlesen, wonach der Senat der Verfassungsänderung bestimmt. Ferner beantragte der Senat für die durch Erzesse in Missionschiff gezogenen Geschäftsleute 50 000 Ml. Entschädigung. Dann folgte die Spezialberatung der Wahlrechtswraube. Dr. Wenzel (Rechte) verlangte die Ablehnung des Entwurfs, wir haben noch Zeit und können erst die Ergebnisse der Wahlen von 1907 und 1910 abwarten. Die Ausschüsse

statistik ist mit Erfolg angegriffen und müssen wir erst neue Grundlagen haben. Die Aenderung der Verfassung ist ja beschlossen. Sie können ja, wenn erforderlich, später darüber beschließen. Der Antrag wird abgelehnt. Die Überschrift der Vorlage: „Wahlgesetz für die Wahlen am 1. Mai 1910“ ist geheim. Bei § 1 beantragt die Sozialdemokraten geheime Abstimmung in vier Teile mehrheit. Bei § 2 gelte. (Wechselseitige Bewegung und Heiterkeit.) Der Paragraph handelt von der Zusammensetzung des Wahlkreises und der Erweiterung des Notabelnwahlbereichs. Eine solche Abstimmung mittelst Stugeln nimmt eine halbe Stunde in Anspruch. Die Vorlage besteht aus 42 Paragraphen. Während der Abstimmung hatten die Juristen höchster und niederer Ordnung, die Oberlandesgerichtsräte und similes Amtsrichter, die Honoratioren und die Hausagräer-Anwälte die Stuhlprediger zusammengebracht, um einen Ausweg aus dem „Augenregen“ zu entdecken, aber es fiel ihnen offenbar nichts Gescheites ein. So wartete man denn ab, was der § 2 bringen würde. Wieder verlangten die vermaledeiten Sozialdemokraten geheime Abstimmung. Nun war guter Rat teuer. Dr. Braaband hatte durch einen Antrag, die Steuerdefräudanten vom Wahlrecht ausschließen, Herrn Syndikus Dr. Schäfer auf die Weine gebracht, der natürlich dafür eintrat, daß man zwar den ehrlichen Arbeitern das Wahlrecht schneiden dürfe, nicht aber den Staatsbeamten, diese hätten lediglich Geldstrafe zu entrichten und dürften nicht noch nebenher durch Wahlrechtsentziehung bestraft werden. Den kleinen Erfolg benutzte Herr J. Hobde zu einem übergescheiteten Einfall. Er beantragte die Rückversetzung des noch vorhandenen Torsos der Vorlage an den Ausschuss, wegen des Dr. Braabands Antrages, wie er mit der ihm eigenen bieder-männischen „Ehrlichkeit“ meinte, nebenher könne der Ausschuss auch die en bloc-Unnahme der Vorlage vorbereiten. Die en bloc-Unnahme kann nach dem klaren Wortlaut der Geschäftsordnung allerdings nur dann erfolgen, wenn es sich um ein ganzes Gesetz handelt, aber über solche Kleinigkeiten seien sich die Wahlrechtsfürsäler mit Eleganz hinweg. Vorläufig bugsierten sie das Wahlgesetz erst wieder in den Ausschuss hinein, um der „Augenregen“ zu entgehen. Nun können die Juristen darangehen, das „Recht“ in der Geschäftsordnung und Verfassung so zu kneien, daß es den Zwecken der Wahlrechtsräuber entspricht.

Uetersen. Der Streit in der Schröderschen Lohnerberverein ist beendet. Die Organisation des Lohnerarbeiterverbandes musste den Streit für beendet erklären, weil sich genügend Streikbrecher gefunden hatten. Wenn sie auch nicht das leisten, was die alten Arbeiter geleistet haben, so kann der Unternehmer sich doch vorläufig helfen. Ein Teil der Streitenden ist bereits anderweitig untergebracht, der Rest wird vorläufig vom Verband unterstützt. Die Sperre über den Schröderschen Betrieb bleibt vorläufig bestehen.

Bramstedt. Ein schrecklicher Akt von Tierquälerei beging vor einigen Tagen ein 20 jähriger ostpreußischer Knecht auf dem Morischen Hof Bismarck. Der Knecht war mit dem Steinernen Stalle beschäftigt, als er durch irgend einen Umstand in Aufregung versetzt wurde; in voller Wut stieß er einer der besten Kühe die Mistgabel in den Leib. Das arme Tier blutete stark. Erst nach 36 Stunden wurde der Verwaltungsleiter aus das Tier aufmerksam. Nach einem Verhör gestand der Knecht seine Untertanen. Da das Blut der Kuh nicht zu stillen war, wurde das Tier geschlachtet. Es zeigte sich, daß die Eingeweide ganz schwarz waren, jedenfalls war Blutvergiftung hinzugegetreten. Der Besitzer erledigte dadurch einen Schaden von etwa 400 Mark. Der Knecht wurde verhaftet und in das Gefängnis in Bramstedt abgeführt.

Kiel. Vom neuen Theater. Die Froge, betr. den Betrieb des hier im Herbst 1907 zu eröffnenden neuen Stadttheaters hat, wie Oberbürgermeister Fuß in der Stadtfolgezeitung mitteilte, die Theaterkommission dahin entschieden, daß von einer Übernachtung der Zeitung auf die Stadt abgesehen, das Theater vielmehr verpachtet werden soll. — Nach Mieteilung des Oberbürgermeisters ist die Gesamtkost der Stadt Kiel auf 40 Millionen Mark angewachsen, von denen 35 Millionen auf Haberpapiere entfallen.

Kiel. Arbeitsniedrigung. Am 10. Februar entließ die Kohlenspeditionsfirma Ihns u. Graß, Kiel-Gaarden, und ihrer ältesten Kohlenarbeiter wegen angeblichen Arbeitsmangels und stellte dafür an den folgenden Tagen völlig neue Kräfte wieder ein. Die im Handels- und Transportarbeiter-Verband organisierten gesamten 130 Kohlenarbeiter beantworteten diese Maßregelung mit der Forderung der sofortigen Befreiung der Entlassenen und Anerkennung eines Lohn- und Arbeitsstarifes. Die Firma reagierte hierauf nicht, weshalb die oben genannte Anzahl Arbeiter am 16. d. Mts. einschließlich die Arbeit einstellte. Um Fernhaltung des Zugangs wird ersucht.

Schwanen. Vom Unglück verfolgt. Am Sonnabend ereignete sich in Neu-Stukiert ein schrecklicher Unfall. Die Zieglerfrau Wilken hatte sich auf fünf Minuten aus ihrer Wohnung entfernt und die 4½ Jahre alte Tochter mit dem 1½ jährigen Schwestern, das im Kinderwagen lag, allein zurückgelassen. In dem Ofen brannte Feuer, und das Ältere der beiden Kinder muß dem Ofen zu nahe gekommen sein. Als die Mutter zurückkam, brannte die Kleidung des Kindes lichterloh. Das kleine Mädchen hatte so schwere Brandwunden erlitten, daß es bald darauf starb. — Vor nicht langer Zeit wurde der Vater des verbrannten Kindes auf der Günterstorfer Strecke vom Hufe erfaßt und schwer verletzt in das Stödter Universitätskrankenhaus gebracht, wo er sich auf dem Wege der Genesung befindet.

Bülow. Die Unterschlagungen des Stadttafassenreferats Steinsattel belaufen sich nach neueren Melbungen auf 125 000 Ml.; die privaten Unterschlagungen brauchen sich auf 85 000 Ml. Die Staatsanwaltschaft hat die gerichtliche Untersuchung der Desfrauaktion angeordnet, da Steinsattel, der Selbstmord verübte, seit Jahrzehnten keine Kontrolle der Kasse führte. Wurden denn gar keine Revisionen vorgenommen? Was nun die Selbstmordstrafe anlangt, so hat dieselbe auch ganz allgemeine Bedeutung. Nach der Bandesverordnung vom 16. Juli 1890 müssen Selbstmörder, wenn durch richterlichen Spruch festgestellt ist, daß der Selbstmord im Zustande ungetrübter Berechnungsfähigkeit ausgeführt ist, auf einem von demjenigen Zeile des Kirchbodes, auf welchem die Kirche ihre Toten begräbt, abgeordneten Platz beerdig werden. Wie ist denn hier im Falle Steinsattel nun die Entscheidung ausgefallen? Pastoren geben ihm das Geleit, beerdigt ist er „in der Reihe“, soll er den Selbstmord etwa mit getrübter Berechnungsfähigkeit begangen haben? Ob man wohl Antwort gibt auf diese Frage, die jene Nachricht vom Selbstmord aufwirft?

Gia Damen-Masken-Kostüm  
billig zu vermieten. Mühlenstraße 64.

Zwei vermietete zwei Wohnungen  
im Preise von 280 und 160 Mk.  
Johannistraße 42 b.

Gesucht von V. d. R. eine Dreistuben- ev.  
eine Zweistubenwohnung mit Cabinet zum  
1. Juli im Pr. bis 180 Mk. Vorzug vorzählt.  
Off. u. G. 26 an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli von Leuten ohne Klimb  
freundl. Wohnung mit einem Badezimmer, 180  
bis 200 Mk. Vorzüglich ob. Umgegend bevorzugt  
Off. u. J. W. an die Exped. d. Bl.

zu kaufen gesucht:  
**Ein grosser Reisekorb.**  
Offerter unter S. R. an die Exped. d. Blattes



Gefunden eine Sonnenbrille  
im Futteral unterhalb der Johannistraße. Ab-  
zuholen im Saal dieses Blattes.

**Kartoffeln**

per 10 Ltr. (15 Pf.) 40 und 50 Pf.  
per 200 Pf. M. 4.80 und M. 6.00  
empfiehlt

Carl Hering, 37 Augustienstraße 37.

**Allerl. Meiereibutter**  
Pfund 1.35 Mk.

**Gute Meiereibutter**  
Pfund 1.20 Mk.  
empfiehlt

**Johannes Schwang**  
Schwartzauer Allee 5.

Sämtliche  
**Fleisch- u. Wurstwaren**  
empfiehlt in bester Qualität

**Oscar Keil**

Wurstfabrik mit elektr. Betrieb,  
Schwartzauer Allee 65, Ecke Westhöfner,  
Fernsprecher 1447

Habe ein  
2½ jähriges  
Füller  
geschlachtet, wovon ich das Fleisch bestens  
empfiehlt

**H. Wulf**  
10 Fischergrube 10.

## Inventur-Ausverkauf

zu auffallend billigen Preisen.

Kinderstühle;  
Kronenkerzen  
Klammern  
Kolosseisen  
Straßenbesen  
Weber-Uhren

jetzt 42 Pf.  
Palet 6 Stück 38 Pf.  
Milchköpfe 5, 8, 12, 18, 23 Pf.  
Bücher 5, 9, 12 Pf.  
Butterdosen mit Deckel nur 18 Pf.  
Emaillierte Teller statt 85 jetzt 15 Pf.  
Tassen, Porzellan statt 15 nur 10 Pf.

**Riesen-Bazar**

Breitestraße 33.

Pietro Gagna.

Breitestraße 33.

Für 1 Mark das Pfund

empfiehlt einen garantiert reinen  
**Kakao.**  
Carl Hering, 37 Augustienstraße 37.  
Sie erhalten rote Lübeck-Marken.

**Kopffleisch**  
Leberwurst Stück 10 Pf.  
Grottwurst Stück 10 Pf.

empfiehlt  
**Heinr. Viereck, Hürstraße 96.**  
Fernsprecher 1081

Große  
**Möbel-Ausstellung.**

Wer billig und gut Möbel kaufen will,  
besuche

**Paul Rehder's**  
Möbelgeschäft

13 Hundestraße 13.

Gebe auf sämtliche Möbel 2 Jahre schriftliche Garantie.

Unerreicht an Güte und Wohlgeschmack sind meine ausgewählten und anerkannten

**Tees**

Pfund 1,60—6,00 Mk.  
Auswahl 30 Sorten.

**H. Bülick**

Breitestraße 54

Fernsprecher No. 149.

**Stockelsdorf.**  
Sparklub „Unter uns“. Versammlung am 18. Februar 1906  
nachmittags 2 Uhr bei Th. Stuhrl. Aufnahme never Willkür.

**Stadthallentheater.**  
Sonnabend den 17. Febr. 7½ Uhr.  
Jeder Platz 50 Pfennig.

**Die Braut von Messina.**  
Schauspiel m. Chören in 5 Akten v. Schiller  
Sonntag, den 18. Februar 5 Uhr.  
Gr. Fremden Doppel-Wort zu einfach. Preis.  
Mignon.

Oper in 3 Akten von Thomas.  
Hierauf:  
**Die Waise aus Bowood.**

Fernspr. 1734 **Karl Voss** nur  
Holstenstr. 27  
Größtes Südfracht-Spezial-Geschäft.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 40

Sonnabend, den 17. Februar 1898

13. Jahrgang.

## Von der vollen Kompostschüssel.

Wie die von unseren Gegnern genannten Arbeiterwohlfahrtsgesetze auf dem Lande wirken und wie sie von den Ortsgruppen gehandhabt werden, davon hier zwei krasse Beispiele:

Der 51 Jahre alte Rudolf Z. hatte sich im vorigen Jahre bei dem Gutsbesitzer in Günthieden, Kreis Königsberg, als Schweizer auf 1 Jahr vermietet. Am 1. Oktober vorigen Jahres trat er seine Stelle an, wurde aber schon nach fünf Tagen infolge einer Schneenerstübung der linken Hand arbeitsunfähig. Da seine Frau die sämtlichen Rübe allein nicht mäkeln und säubern konnte, nahm der Besitzer sich einen andern Schweizer und schickte die Familie, die aus Mann, Frau und fünf kleinen Kindern bestand, aus der Wohnung. Nun begann für diese eine wahre Leidenszeit. Bis zum 6. November behandelte ein Dorfärzt die kranken Hand des Z. Da sich der Zustand aber verschlimmerte, wurde er nach der Stadt ins Krankenhaus geschickt und selbst operiert.

Zwischen nun Z. Mitglied der Gemeindekranenkasse des Landkreises Königsberg war, erhielt weder er, noch seine Familie irgendeine Unterstützung, weder von der Kranenkasse, noch von dem Ortsverein verbande, vom Tage der Entlassung ab vom Schweizer auch keinen Lohn und Depütat. Nur einen Lutzen Milch durfte sich die Frau jeden Tag für ihre Kinder, von denen das jüngste 5 Monate, das älteste 7 Jahre alt war, von dem Schweizer holen. Der Gemeindevorstand gab Kartoffeln. Um nicht zu verhungern, musste die Frau von Haus zu Haus, vor Dorf zu Dorf betteln gehen. Damit die kleinen Kinder nicht unbeaufsichtigt blieben, bewilligte der Besitzer das überjährige Mädchen auf unbestimmt Halt aus der Schule. Das Betreten ist bekanntlich strafbar. Aber die Behörden schienen ein Geschenk zu haben. Der Gemeindenvorsteher, der Amtsvorsteher, der Pfarrer, ja sogar die Sendarme des Bezirks gaben der Frau aus Missleid hier und da Lebensmittel und kleine Geld beträge.

Auf Bitten der Frau, die sich nicht mehr zu helfen wußte, wurde Z. am 2. Dezember, wenn auch nicht geheilt, so doch als in Haltung begriffen aus dem Krankenhaus entlassen. Arbeiten könnte er noch nicht. Mit der Zeit wurde es mit der Hand wieder schlimmer. Der Arm begann zu schwollen. Und nun behandelte ihn auch der Dorfärzt nicht mehr. Auch das Krankenhaus nahm ihn nicht mehr auf, weil weder die Kranenkasse noch der Gemeindevorstand für die Kosten sich verpflichten wollten. Und zwar aus folgenden Gründen:

Sowohl der frühere als auch der letzte Arbeitgeber des Z. halten, wie die meisten ostpreußischen Großgrundbesitzer, von dem § 137 des Landwirtschaftsgesetzes Gebrauch gemacht, wonach ihnen, gegen Fortfall des Kranenkredites für den Verstürtzten, gestattet wurde, ermäßigte Beiträge zu zahlen. Dafür hat dann aber der Arbeitgeber Lohn und Materialien in Höhe des Kranekredites zu zahlen. Well nun Z. von dem Besitzer entlassen war, glaubte dieser dazu nicht verpflichtet zu sein. In diesem Falle hätte nun trotzdem die Kasse einzutreten und sich event. mit dem Besitzer abzusieden. Das geschah aber nicht.

Z. lief von einer Behörde zur anderen, wurde aber überall abgewiesen. Anstatt nun vor Seiten des Armenverbands etwas für die notleidende Familie zu tun, leiteten die Behörden ein Verfahren auf Aussetzung des Z. aus Preußen nach der Schweiz ein, trotzdem er bereits 10 Jahre in Ostpreußen gewohnt, gearbeitet und sich hier verheiratet hatte. Zum 1. April sollte bereits seine Abschiebung erfolgen. Über

das weitere Schicksal seiner Familie ließ man ihn im Unklaren.

Bei diesem geschilderten Zustande besaß sich Z. und seine Familie auch noch anfangs Februar d. J. Dr. Segele, denn der lokale Mann am 2. Februar des 24 Kilometer weiten Weg zu Fuß nach der Stadt zurück und kam nach dem Königsberger Parteibureau. Es wurde, als man ihn hier gestellt hatte, nach der Klinik geführt. Der Arzt fand zwar dringende Behandlung notwendig, verlangte aber auch erst die Bezahlung der Kosten. Mit einem Schreiber des Postamtes verschriften, mußte Z. wieder zurück. Und wie der vermittelte der Ortsvorstand die Bezahlung. Man begab sich der Parteisektion; nach dem Landratsamt und forderte energetische Geschreiten des Landrats. Es wurde auch bereitwillig ein Brötcholl aufzunehmen und anerkannt, daß die Kasse unter allen Umständen einzutreten hätte. Ortsvorsteher und Klinik wurden bischlich benachrichtigt und endlich, am 7. Februar, also nach circa 3 Monaten vor Absicht vorhanden, daß die geschickte vorgezeichnete Unterstüzung eintreten sollte. Da es noch möglich sein wird, den Mann vollständig zu heilen oder ob er ein Kelippe bleiben wird, und ob man die Familie durch Abschiebung des Mannes über die Grenze auslaufen lassen wird, muß abgewartet werden.

Ein zweiter Fall: Am 30. Oktober v. J. verunglückte der Landarbeiter Adolf Kindles aus Al-Ulligawitschen (Kreis Neubrunn) an der Güdelmaschine. Es wurden ihm die drei Mittelfinger der rechten Hand glatt abgeschnitten. Es wurde bis zum 23. Januar d. J. im Krankenhaus zu Königsberg behandelt und dann als geheilt entlassen. Nach der Heilung war auch der kleine Finger noch steif geblieben. Als der Mann von dem Krankenhaus nach Hause kam, fand er seine Frau, die an den Füßen verkrüppelt ist, halb verhungert vor. Während der ganzen zwölf Wochen hatte man der hilflosen Frau keine Unterstüzung gegeben. Der Ortsvorsteher schickte zum Ortsrichter und dieser zum Gutsbesitzer, bei dem ihr Mann verunglückt war, aber keiner wollte verpflichtet sein, für die Frau zu sorgen. Die andern Besitzer sagten, die Frau solle nur arbeiten kommen, dann werde man ihr zu essen geben. Leute, die selbst sehr arm waren, reichten der Frau ab und zu das allernotwendigste Ess'n. Am 3. Januar wurde an den Kreisausschuß geschrieben, aber auch ohne Erfolg. Kindles ließ nun wieder nach seiner Entlassung von einer Behörde zur andern, aber ebenfalls erfolglos. Rat und Landtag waren ausschließlich gestiegen. Da schickte ein Parteigenoss aus dem Dorf, der selbst in seiner Armut nach Kräften Unterstützung gegeben hatte, nach Königsberg an das sozialdemokratische Parteibureau. Von hier aus wurde ein Geistlicher aus Lübeck beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen. Dieser fuhr mit dem notleidenden Kind am 6. Februar nach dem Landratsamt zu Heinrichswalde und nun wurde der behördliche Apparat in Bewegung gesetzt. Am ehesten erhält die nötigen Papiere und Anweisungen für den Amt zur Ausübung auf Kosten der Unfallversicherung zugeschaut. Außerdem erhält er einen baren Vorschuss von 15 Ml ausgezahlt. Hoffentlich erhält nun auch der Ortsvorsteher der Gemeinde, in welcher der Verunglückte wohnt und die verpflichtet war, diejenen in den ersten 13 Wochen nach dem Unfall zu unterstützen, die nötige Belohnung. Schuld an der Verschleppung dürfte auch noch andere Beante treffen.

Die Haupthand liegt aber an dem ganzen System der Verwaltungen, die aus dem preußischen Dreiklassenparlament hervorgehen und unter dem die unterdrückte, ausgebüttete Landbevölkerung am meisten zu leiden hat. Achthundert Fälle wie die hier angeführten, sind in Ostpreußen auf dem platten Lande an der Tagesordnung. Es bietet sich nur nicht immer Gelegenheit, sie in allen Einzelheiten genau kennen zu lernen.

"Nur, ich glaube, ich würde eher verhungern, ehe ich meine Kinder Nonnen werden lasse."

In diesem Augenblick klopfte es an der Tür. Warner stieg von seinem Webstuhl herab und öffnete.

"Wohnt hier Philipp Warner?" fragte eine klare Stimme von eigentlichem Wohlklang.

"Mein Name ist Warner."

"Ich komme von Walter Gerard," fahr die Sprecherin fort. "Ihren Brief erhielt er erst gestern Abend. Das Mädchen, in dessen Haus Ihre Tochter ihn aufgegeben hat, verließ vorige Woche die Fabrik des Herrn Trafford."

"Bitte, treten Sie ein."

Und Sybil trat ein.

Dreizehntes Kapitel.

"Ihre Frau ist krank?" fragte Sybil.

"Sehr krank," erwiderte Warner's Frau. "Unsere Tochter hat sich abschrecklich gegen uns betragen. Sie hat uns verlassen, ohne Erlaubnis und ohne Abschied. Und ihr Lohn war fast das Einzigste, was und gelebt war, denn Philipp ist nicht wie Walter Gerard, er kann keine zwei Pfund die Woche verdienen, obgleich ich niemals verstanden habe, warum."

"Still, still, Fran," sagte Warner. "Ich spreche zu Gerard's Tochter."

"Das bin ich."

"Ah, das ist gut und freundlich, es ist wie in alten Zeiten, denn Walter Gerard war mein Freund, als ich noch nicht war, was ich jetzt bin."

"Er sagte mir das. Er schickte mir gestern Abend einen Boten, ich sollte Sie heute Morgen besuchen. Ihren Brief erhielt ich erst gestern."

"Harriet sollte Ihnen Caroline geben," sagte seine Frau.

"Diese Caroline ist das Mädchen, das alles Unglück über uns gebracht und sie weggezogen hat. Und sie hat die Arbeit

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des Lübecker Volksboten

Berlin, den 16. Februar 1908.

44. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky, Freiherr v. Stengel, Dr. Koch.

Der Gesetzentwurf heißt die Aussage von Reichsbanknoten zu 50 Ml. und 20 Ml. wird, nachdem Abg. Dr. Arendt (No.) noch einmal seine unentwegte Forderung gegen die Vorlage bestanden hat, in zweiter Lesung gemäß dem Kommissionsantrage unverändert mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen nur einige Reichspartei und Antisemiten.

Hierauf wird die Sozialberatung über den Etat des Reichs mit des Innern beim Kapitel: Besondere Fonds, fortgesetzt.

Held (No.) verlängert höhere Entschädigung der Hochseefischer-Gesellschaften für die erlittenen Verluste und Bereitstellung größerer Mittel zur Unterstützung der Segelschifferei.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Das Reich hat für diese beiden Zwecke im Jahre 1904 fast 1,5 Millionen ausgegeben, ich werde über die Verhältnisse der Segelschifferei gern noch einmal nachprüfen. (Bravo!)

Für die Wünsche insbesondere der Ostseefischerei treten noch die Abg. Müller (Sole), v. Neipenhausen (R.), Graf Berstorff (Welse) ein.

Auf Anregung des Abg. Petrich (St.) verspricht

Staatssekretär Graf Posadowsky sein Möglichstes zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Auslande und technischer und wissenschaftlicher Versuche in der Landwirtschaft tun zu wollen.

Eichhoff (Spt.) fragt über die Rückstände der mecklenburgischen Schulverhältnisse. Die mecklenburgische Regierung habe jetzt die Besoldungsverhältnisse der akademischen Lehrer verbessert. Die Reichsschulkommission habe auch eine gründliche Revision der höheren Schulen Mecklenburgs vorgenommen. Aber von Grund auf könne das mecklenburgische Schulwesen erst neu geregelt und den neuzeitlichen Forderungen angepaßt werden, wenn die mecklenburgische Verfassungsfrage gelöst sein werde. (Bravo!)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Revision hat nichts ergeben, was den Herrn Reichskanzler verlassen könnte, die Berechtigung zur Errichtung des Reifezeugnisses irgend einer mecklenburgischen Anstalt zu entziehen. Die Kommission hat allerdings noch weitere Verbesserungsvorschläge gemacht, wegen deren die Reichsregierung noch in Verhandlung mit der mecklenburgischen Regierung steht.

Beim Kapitel Statistisches Amt liegt eine Resolution des Zentrums vor, die um einen Staatsbeitrag für das internationale Institut für Sozialbiographie ersucht. Sie wird debattefrei angenommen.

Dr. Lindemann (Soz.) kritisiert die Unvollständigkeit und Unrichtigkeit der amtlichen Arbeitslosenstatistik im Reichsarbeitsblatt. Die Statistik wird nur auf Grund der Angaben der Gewerkschaften aufgestellt. Es fallen daher alle diejenigen Arbeitslosen bei der Bählung weg, die organisiert sind, soweit diejenigen organisierten Arbeitslosen, deren Karrierezeit noch nicht abgelaufen ist, oder die nicht mehr unterstützungsberechtigt sind. Die Zahlen des Reichsarbeitsblattes über die Arbeitslosigkeit sind demnach also viel zu günstig angegeben. Sie haben der Chambéryischen Schuhzoll-Agitation als ein vorzugsweises Mittel gedient, den englischen Arbeitern — allerdings verdeckt — die Vorteile des gelobten Schuhzollandes Deutschland vor Augen zu führen. Außerdem erschweren sie jeden Versuch, die Kommunalverwaltungen zu Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu veranlassen. Sollte die Arbeitslosenversicherung auf Grund dieser falschen Angaben aufgestellt werden, so würde sie bald finanziell zusammenbrechen. Redner fordert deshalb eine genauere Arbeitslosenstatistik, die nicht vierteljährlich, sondern monatlich aufgenommen und nicht bloß nach Gewerben, sondern auch nach Landesteilen gegliedert werden müsste. Zu einer Verbesserung der Arbeitslosenstatistik

bei Trafford verlassen; dort ist es gewiß, sie und Harriet hatten zusammen Haushalt.

"Sie leiden?" sagte Sybil, indem sie ans Bett der Kranken trat; "geben Sie mir Ihre Hand", fügt sie mit forster Stimme hinzu. "Sie ist heiß."

"Ich friere sehr", sagte die Frau. "Warner hatte das Fenster offen, bis es anfing zu regnen."

"Und Sie, ich fürchte, Sie sind noch", sagte Warner, sich an Sybil wendend und seine Frau unterbrechend.

"Nur ganz wenig. Und Sie haben kein Feuer. Ich habe freilich etwas für Sie mitgebracht, aber das ist keine Feuerung."

"Wenn er nur die Luke unten um ein paar Kohlen bitten wollten", sagte die Frau. "Ich sagte ihm, die Nachbarn könnten das kaum beweigern, aber er will nie etwas tun, er sagte, er hätte schon so oft darum gebeten."

"Ich will darum bitten", sagte Sybil. "Aber erst hole ich draußen einen Gefährten", fügte sie hinzu, "der einen Korb für Sie trägt. Hierhin, Harold!"

Das Kind stieg an zu schreien, — ein großer Hund kam in's Zimmer, eine junge Dogge der alten Rasse, wie man sie jetzt nur noch selten in England findet, und nur im Norden. Sybil band dem Korb los und gab dem schreienden Kind ein Stückchen Zucker. Ihr Blick war noch süßer, als die Gabe. Das Kind sah sie einen Augenblick mit seinen großen, blauen Augen erstaunt an und lächelte dann.

"O, das prächtige Baby", sagte Sybil und nahm das Kind aus dem Bett in ihre Arme. "Sie sind ein Engel vom Himmel gesandt", sprach die Mutter, "und Sie haben Recht, wenn Sie sagen, das Baby ist schön. Und doch, das obigebürtige Mädchen, die Harriet, uns in dieser Not zu verlassen!"

Sybil leerte den Klosterkorb und sagte zu Warner: "Den Sie jetzt alles aus; ich will hinunter gehen und mit

## Sybil.

Sozialpolitischer Roman von D. Israelli.  
Übersetzung von Natalie Viehnecht.

14. Fortsetzung.

"Ich bin seit den großen Weg gegangen," sprach Warner fest.

"Und das hat Dir viel Gutes gebracht," sagte seine Frau. "Meine arme Amalia! Wie sie litt! Ich glaube die Sonne berührte nie dieses Haus. Es ist wirklich ein elendes Loch."

"Es wird Dich nicht lange mehr ärgern, Mary," sagte Warner, "ich kann die Miete nicht bezahlen, und ich wundre mich nur, daß sie nicht schon da waren, um die Miete zu holen."

"Und wohin werden wir dann gehen?" fragte seine Frau.

"An einen Ort, den die Sonne gewiß nie berührt," sagte ihr Ehemann mit einer gewissen gewinnigen Bosheit in seinem Glanz. — "in einen Keller."

"O, warum wurde ich geboren!" jammerte sein Weib. "Und doch war ich einst so glücklich! Es ist nicht unsere Schuld! Ich kann es nicht begreifen, Warner, warum Du nicht, wie Walter Gerard, die Woche zwei Pfund verdienst solltest?"

"Bob!" sagte ihr Mann.

"Du sagst, er hat keine Familie," fahr seine Frau fort. "Ich dachte, er hätte eine Tochter."

"Aber sie ist keine Bob für ihn. Die Schwester des Herrn Trafford ist Oberin des Klosters hier, sie nahm Sybil zu sich, als ihre Mutter starb, und hat sie erzogen."

"O, sie ist eine Nonne?"

"Noch nicht, aber ich glaube, sie wird wohl eine werden."

werben die Gewerkschaften gern die Hand bieten. (Beifall b. d. Soz.)

**Werner** (Unterl.) wünscht Besserstellung der Beamten des statistischen Amtes.

**Paasig** (N.Z.) wünscht das gleiche für die technischen Hilfsarbeiter des Normal-Eichungskamtes.

**Staatssekretär** Graf Posadowsky erklärt, daß seine Bemühungen in dieser Richtung bisher noch kein abschließendes Resultat gehabt hätten.

**Frhr. v. Nichthofer** (R.) versichert die Bereitwilligkeit der Budgetkommision, diese Wünsche zu berücksichtigen.

Beim Kapitel Gesundheitsamt wird zuerst die Weinfrage behandelt.

Hierzu liegen Resolutionen des Zentrums und der Nationalliberalen vor, die die verbündeten Regierungen erlauben, angesichts der Erfahrungen in den jüngsten Weinfälschungsprozessen die Buchkontrolle, eine willkürliche Einschätzung des Zuckerzusatzes und die Declarationspflicht für den Verschnitt von Weizwein mit Rotwein einzuführen, sowie eine Resolution der wirtschaftlichen Vereinigung auf einheitliche Regelung der Weinkontrolle.

**Baumann** (R.): Die bisherigen Kontrollenrichtungen stehen auf dem Papier. Die Panischer stecken sich laufende in die Tasche, aber die Gesundheit des Weinmarkts und der Nutzen des deutschen Weines müssen darüber leiden. Jeder Weinproduzent muß gezwungen werden, über jedes Fach und die zu jedem Wein verarbeiteten Materialien genau Buch zu führen. Der zu so trauriger Verblümtheit gelangte ehemalige Abg. Sartorius hat sich jetzt wohl als der größte Panischer des Jahrhunderts hergestellt. (Heiterkeit.) Jeder verbesserte Wein sollte einen besonderen Namen tragen. Die Kontrolle in allen Bundesstaaten muß einheitlich sein. (Bravo im Zentrum und rechts.)

**Ehrhart** (SD): Der mit 66 Stimmen unterstützte Antrag kommt etwas sehr schnell, mir etwas überraschend; er scheint mir ausschließlich auf den Fall Sartorius abgestimmt zu sein. Nun kann ich nicht zugeben, daß Sartorius der größte Panischer des Jahrhunderts war. Er war nur der größte von den Erstapten. (Große Heiterkeit.) Der „Ehren ergraute Mann“ (Heiterkeit) präsideierte der Elite der deutschen Weinbauern auf dem Weinbaustandort und konnte, als bereits der Staatsanwalt in seine Kelle hineinleuchtete, seine Gegner noch als Denunzianten hinauswerfen. Ja, wenn man gute Verbindungen nach oben hat, kann man Jahrzehnte lang das Buchhaus mit dem Vermel streifen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Jetzt ist die Säule inmitten einer großen Staubwolke geborsten und, die ihm nahe standen, machen sich möglichst schnell aus dem Staube. (Heiterkeit.) Wir sind gegen künftliche Verteuerung und Verschlechterung aller Lebens- und Genussmittel, also auch des Weines. Die Winzer könnten bei billigen Weinen auch ganz gut leben, wenn nicht betrügerische Produzenten und Händler den Honig sammeln, den die Bienen herbeigebraucht haben. Leider treiben die Winzer gegeneinander eine unverantwortliche Demagogie, und sind sich völlig uneinig über die Abhilfsmittel gegen die Weinfälschungen. Auch wir ist vor dem Weingemütern und dem Jungenschaftsverständigen fit dem Sartoriusprozeß jeder Neapel ausgegangen. Viele Gutachter wiesen mit dem Richter, wie die Sache mit der Maus (Heiter.), weil die Richter von der Sache absolut nichts verliehen. Aber auch die Rechtsprechung müssen wir unter die Lupe nehmen. Wir treffen da auf die merkwürdigsten Freisprechungen und milde Urteile. Im Saargebiet hatte z. B. ein Fabrikant 6900 Liter auf 9600 Liter gesteckt, wurde aber freigesprochen, weil er vorher einen Chemiker gefragt hatte. Was mit dem Chemiker geschah, weiß ich nicht. In Stuttgart sollte ein gefälschter Wein konfisziert werden, es stellte sich aber heraus, daß ein großer Teil desselben gestohlen war. Die Diebe wurden nur mit 1-300 M. bestraft. Diese Fälle beweisen, daß die Fälscher mit ganz geringen Strafen davonkommen, wenn sie nicht überhaupt freigesprochen werden. Ein besonderer Trick ist es, ihre Kellermaster mit in die Weinfälschung hineinzuziehen, damit diese als Mitangeklagte und nicht als Zeugen vor Gericht erscheinen. Die kleine Geldstrafe, die sie verfallen, wird ihnen vielfach ergehn. Aber das Streitpostenstehen wird strenger bestraft als diese großen Weinpanischer. Große deutsche Zeitungen, wie die „Frankfurter Zeitung“, unterstützen die Weinfälschungen, indem sie noch jetzt Annoncen bringen, wie: Erstklassiges chemisches Laboratorium sucht Kunstweinpräparate abzugeben. (Hört! hört!) 1901 war ich ich noch so naiv, anzunehmen, mit dem Declarationszwang könnte man den Kunstein ruhig bestehen lassen. Da hat man mich als Weinfälscher freigekommen. Ein Abgeordneter hier verdankte sein Mandat nur dem Umstand, daß er die Sozialdemokratie in einem Flugblatt als Weinfälscher hinstellte. Und dieses Flugblatt stammt aus dem Johanniterhof bei Wetzbach. (Große Heiterkeit.) Ihren heutigen Antrag haben Sie uns ja nicht zur Unterschrift vorgelegt, sondern sind unter sich einig geworden. Wir werden abwarten, wie lange diese

Einigkeit dauern wird. Die Weinbauer interessenten haben sich doch im letzten Jahre einstimmig gegen die Reformbedürftigkeit des Weingesetzes und gegen jede Buchkontrolle ausgesprochen. Wie nötig sie ist, beweist, daß ein Mann wie Sartorius, der 800 000 Liter im Keller liegen hatte, nichts weiter als sein Notablaubchein im Westenjaß trug. (Gr. Heiterkeit.) Eine einheitliche Kontrolle ist natürlich nötig. Man müßte über die Schuldigen nicht mit Geldstrafen belegen, die sie gern zahlen, sondern entsprechend den niedrigen Gestaltung ihrer Handlung mit Gefängnis oder Buchhaus. — Als Pfälzer muß ich noch erläutern, die Plakate, welche jetzt in manchen Wirtschaften aushängen: „Hier wird kein Pfälzer verlaufen!“ sind elende Heucheler. Die Pfälzer haben ein besseres Urteil über Naturwein als die Herren im Warenhaus für Urne und Marine in Breukens, die 20 Jahre lang einen Sartoriuswein bezogen haben. (Heiterkeit.) — Ihren Anträgen werden wir also zustimmen. Es wird jetzt eine Weinsteuer gefordert mit der Motivierung, man müsse dem Staat erst etwas zahlen, damit er gründlich kontrolliere. Eine solche Abschauungsweise ist tiefe beschämend für die Regierung. Mit der Weinsteuer reichen wir der Regierung den Finger und sie wird den ganzen Arm nehmen. Jede Weinsteuer, ob Kontroll- oder Zollsteuer, lehnen wir entschieden ab. (Bravo bei den Soz.)

**Graf Kanitz** (R.): Der kleine Weinbauer hat sehr zu leiden unter den billigen Preisen, zu denen die großen Fälscher ihre Produkte anbieten können. Ich glaube aber nicht, daß sich eine genügende Kontrolle ohne die Weinsteuer durchführen läßt, die angesichts der Bier- und Spiritussteuer eine einfache Forderung der Gerechtigkeit ist. (Bravo bei den Soz.)

**Staufser** (Wirth. Vog.): Die Chemie hat dem Weinbau große Vorteile gebracht, aber mancher Weinbauer könnte sich sagen: Im tiefen Keller sitzt ich hier (Heiterkeit.) und produziere den Wein viel billiger, als es mein Nachbar machen kann. Neben jedem großen Fälscher steht heute ein großer Chemiker. (Heiterkeit.) der ihm entsprechende Rezepte an die Hand gibt: Nimm 300 Liter Weinbese, 4000 Liter Wasser, 15 Bentner Zucker und einige Zutaten, so gibt das zusammen 5000 Liter Wein. (Große Heiterkeit.) Der Wein muss von der Fliefe bis zum Glase kontrolliert werden, wie Sie das machen, ist mir ganz egal. (Schallende Heiterkeit.)

**Staatssekretär** Graf Posadowsky: Man verlangt jetzt neue gesetzliche Bestimmungen, obgleich gerade die Weinfälscherprozesse doch ergeben haben, daß das Weingesetz eine gute Handhabe bietet, die Fälscher zu bestrafen. Nur die Richter haben mir selbstverständlich keinen Einfluß. Doch könnten viele Fälscher auch auf Grund der allgemeinen Strafbestimmungen wegen Betrugs herangezogen werden. Die Regierung kann nichts dafür, daß sie bei dem sogenannten Weinparlament Personen als Sachverständige herangezogen hat, die sich nachher als Betrüger herausgestellt haben. Die Reichsregierung ist bei der Auswahl dieser Personen so vorsichtig wie möglich zu Wege gegangen. Früher hat man hier im Hause die Weinsteuer aufs schärfste bekämpft. Jetzt betrachtet man hier im Hause die Weinsteuer aufs schärfste bekämpft. Jetzt betrachtet man eine solche umgekehrte als gutes Mittel, um durch sie zu einer scharfen Buch- und Kellerkontrolle der Weinproduzenten zu gelangen. Lieber diesen Gestaltungsweg muß ich mich eingemessen wundern. Ich glaube aber, daß mein Kollege im Reichstag amtiert, wenn man ihm eine durchführbare und einträgliche Weinsteuer vorschlagen wird, nicht Stein sagen wird. Sollte eine gesetzliche Neuregelung der Kontrolle notwendig werden, so würde ich für meine Person dafür sein, sie in Form einer Novelle zum nächsten Mittwoch durchzuführen. Für den Budenztag gesetzliche Bestimmungen zu treffen, ist sehr schwierig, da der notwendige Zuckerzusatz ganz von der Art und Lage der betreffenden Sorte und von der Reifezeit des betreffenden Jahrgangs abhängt. Eine zeitliche Begrenzung aber, dahin gehend, daß die Zuckerration nur bis zum 1. Dezember oder bis zum 1. Januar vorgenommen werden darf, würde gerade die kleinen Winzer viel schwerer treffen, als die großen Weinproduzenten. Wie auf vielen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens wird man allmählich wohl dahin kommen, einzusehen, daß an Stelle der ehrenamtlichen Kontrolle seitens der Selbstverwaltungskörper angestellte Berufskontrolleure zu treten haben, doch fürchte ich, daß Preußen, welches erst vor wenigen Jahren die jetzige Ehrentonkontrolle eingeführt hat, nicht geneigt sein wird, so bald zum bayrischen System überzugehen. Mit Rücksicht auf den so wichtigen Export nach dem Ausland möchte ich betonen, daß mir bisher noch kein Fall bekannt geworden ist, wo an deutschen Edelweinen, wie sie einzigartig und unübertrefflich in der Welt bei uns wachsen, Fälschungen vorgekommen sind. Die deutschen Edelweine sind also als reine Naturweine zu betrachten. (Lebh. Beifall). Ich betone nochmals, daß es sehr bedauerlich ist, daß die Regierung sich bei Gelegenheit des Weinparlaments von einem Sachverständigen hat beraten lassen, von dem sich jetzt herausgestellt hat, daß

er aus seinem Betriebe eine Wasserheilanstalt gemacht hat. (Große Heiterkeit.) Die Strafbestimmungen sind streng genug, sie gehen bei gewöhnlicher Fälschung bis zu 6 Monaten Gefängnis, und, wenn Körperverletzung als Folge eintritt, bis zu 5 Jahren Zuchthaus und darüber hinaus. Die Regierung wird alles tun, um die Kontrolle zu verschärfen, im Interesse des reellen deutschen Weinbaus. (Lebh. Beifall.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Schluz 6 Uhr.

## Zeitzeugen und Parteileben.

Auf dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. In der Leipziger Warenmühlspinnerei waren knapp einer Dutzend abgehetzten Greißverlastmiers von 1500 Arbeitern nur 500 gestern früh zur Arbeit erschienen. Die Verantwortung schlägt auch diese mehr fort und gab durch Anschlag bekannt, sie werde die Fabrik bis auf weiteres schließen, falls die Arbeit bis Donnerstag nicht wieder aufgenommen werde. Ist das kein Terrorismus? — Die organisierten Hosenarbeiter in Schweinfurt sind ausgesperrt worden. Die Unternehmung haben die Absperrung lediglich deshalb in's Werk gelegt, um die Organisation der Arbeiter zu zerstören. Als Fazit für die Ausgeperchten sahen die Unternehmer Arbeitswillige von auswärtigen heranziehen. Die Schweinfurter Mitgliedschaft des Hosenarbeiter-Berbanbes erfuhr darum, daß der Zugzug ferngehalten werde. — Die Korbmacher in Berlin stehen in einer Lohnbewegung. — In der Zellulosefabrik von Höxter in Birkenbrodt wegen Maßregelung mehrerer Arbeiter ein Streik. In der Fabrik sind 600 Leute beschäftigt. — Ein Maßregelungsbereich für die Ruhrbergleute. Aus Essen wird berichtet: Der bergbauliche Verein beabsichtigt die Errichtung eines Arbeitsnachweises für die gesamten Beziehungen des Oberbergamtsbezirkes Dortmund. — In der Maschinenfabrik von Wald in Brilon sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeiter aller Branchen ist fernzuhalten. — Die Baxer von Münsterberg, Fürth und Umgang haben beschlossen, eine Bewegung einzuleiten, um eine Reihe von Verbesserungen des bestehenden Tarifvertrages, der momentan abläuft und bei dem sich mancherlei Mängel herausstellen, zu erzielen. — Die Klempner in Konstanz erklären sich angesichts einer ihnen von der Innung aufgestellten Arbeitsordnung auszurücken. Die Innung aber, die es auf eine Herausforderung der Gehilfen abgesehen hat, kündigte sämtlichen Gesellen bis auf Strafe, die untertrieben hatten, Zugang ist fernzuhalten. — Die Bimwärter in Konstanz wurden ausgesperrt, weil sie einen von den Meistern einstellig festgesetzten Tarif nicht unterzeichneten. — Die Schieder in den düutschen Provinzstädten stehen in einer Lohnbewegung; es handelt sich in der Hauptstadt um Abschaffung der Helmarbeit und Aufhebung der Entschädigungsleistung an die Meister für Benutzung der Werkstätten. — Die Arbeiter der Sägewerke in Nordfriesland und an der schwedischen Grenze sind seit Ende Januar wegen einer nicht bewilligten Lohnnerhöhung im Ausstand. Die dortigen großen Aktiengesellschaften haben deshalb beschlossen, die Arbeit während des Winters ganz einzustellen. Eine dieser Gesellschaften, Stomi, hat ihre 3000 Arbeiter entlassen.

Moderne Sklaverei. In Stolp in Pommern wohnt ein Herr May Wunderlich, der dauernd für eine Fabrik am Rhein Arbeiter braucht, wie er in seinem Briefkasten besticht. Folgendes gebrückt Schreiben wird von ihm verfaßt:

My Wunderlich, Stolp, 2 Februar 1906.

Unser Arbeiter H. . . .  
Unsere Arbeitnehmer finden Sie die Bedingungen, unter denen Sie arbeiten möchten. Wenn diese Bedingungen für Sie passend sind, kann kommen Sie her. Die Kosten von Köigsberg nach Stolp kostet 6,60 M., die Sie vorläufig auszahlen müssen. Ferner müssen Sie hier in Stolp noch 840 M. auf die Weiterreise auslegen, das übrige schreibe ich vor.

Für jede Woche, die Sie gearbeitet haben, bekommen Sie 50 Pf. auf die ausgelegten 15 M. wieder zurück.

In den Fabriken werden 4000-5000 Mann beschäftigt und es ist dort noch niemals Streik gewesen. (?)

Verhältnisse Arbeiter, die sich als brauchbar und ordentlich erwiesen haben, können in den Häusern der Fabrik billige Wohnungen erhalten. Wer im Junggesellenheim wohnt und

es heißt, eine Tasse Tee zu erlauben, trotz all ihres guten Lohnes. Und wahrlich, fügte sie hinzu, sich am Sybil wendend, „was wir Ihnen zu danken haben, läßt sich nicht aussprechen. Ihr Vater verdient wohl, daß es ihm gut geht, mit solch einer Tochter.“

Meinem Vater geht es nicht viel besser, als seinen Genossen,“ antwortete Sybil, „aber er hat wenig Bedürfnisse, und wer sollte ein Herz für die Armen haben, wenn nicht die Armen? Niemand sonst kann für die Armut fühlen. Leiderlich ist es die Herrin des Klosters, die Ihnen dieses Maß schlägt. Was mein Vater für Sie tun kann, habe ich Ihrer Mutter gesagt. Es ist wenig, aber mit des Herrn Segen kann es vielleicht ausreichen. Wenn das Volk unterfließt, fehlt auch der himmlische Segen nicht.“

„Dess bin ich versichert, der himmlische Segen wird Ihnen nie fehlen,“ sagte die Frau mit ihr bewegter Stimme.

Es herrschte Stillschweigen. Die mäkelnde Verbissenheit der Frau war durch die Stimme Sybils überwunden worden; sie erwog in ihrem Herzen die Eigentwürfe und die Vergangenheit. Die Kinder lobten sich an dem ungern hörten und so reichlichen Mahl; die Tochter Gerard's ging, um sie nicht in ihrer Beschäftigung zu unterbrechen, das Fenster und beobachtete das Stückchen unruhigen Himmlisch, das in dem Hause sichtbar war. Der Wind blies in heftigen Stößen, der Regen schlug gegen die Scheiben. Bald darauf hörte man wieder an die Tür klopfen. Harold erhob sich und feuerte. Warner stand auf und sagte: „Sie kommen wegen der Miete; Gott sei Dank, ich bin bereit.“ So sprechend ging er und öffnete die Tür; zwei Männer traten mit höflichem Grunde ein.

„Wir sind Freunde,“ sagte der Bordere, „möchten aber keine sta. Ich spreche mit Herrn Warner.“

„Mein Name.“

„Und ich bin Ihr geistlicher Hirte, wenn meine Eigen-

schafft als Vater von Mowbray mich zu diesem Ort berichtet.“

„Herr St. Liz?“

„Derselbe. Vater der würdigsten in meiner Gemeinde und die einflussreichste Person in diesem Distrikt, hat diesen Morgen viel über Sie mit mir gesprochen. Sie arbeiten für ihn. Am letzten Sonnabend abend hörte er nichts von Ihnen und fürchtet, Sie wären tot. Herr Barber sprach mit mir vom Missgeschick ebenso wie auch von Ihrem guten Charakter. Ich komme, Ihnen meine Rettung und mein Mitgefühl auszubringen und Ihnen meine Hände anzubieten.“

„Sie sind sehr gut, mein Herr, und Herr Barber auch; in der Tat, bis vor einer Stunde waren wir in großer Verlegenheit.“

„Und sind es noch,“ sagte seine Frau, ihr unterbrechend. „Seit einer Woche liegt ich in diesem Bett und werde nicht mehr davon aufzuhören. Die Kinder haben keine Kleider, die Kleider sind im Pfandhaus, Alles ist im Pfandhaus. Heute morgen hatten wir wieder einen Bissen zu essen, noch Feuerung. Und wir dachten, Sie könnten wegen der Miete, die wir nicht bezahlen können. Und ohne eine Tasse Tee, die wir heute morgen aus Baumwollzettel von T. M. gegeben wurde, der beim armen arm ist, wie wir, das heißt, sie leben von ihrer Arbeit, — freilich, ihr Lohn ist viel höher, zwei Pfund die Woche, obgleich ich niemals versteuern werde, wie es möglich ist, daß mein Mann, wenn er zwölf Stunden den Tag arbeitet, doch nur für die Stunde einen Penny bekommt; ohne diese Tasse Tee wäre ich jetzt keine Leiche. Und doch sagt er: wir waren in Verlegenheit, — nur weil Walter Gerard's Tochter, von der ich gerne zugebe, daß sie ein Engel vom Himmel ist, zu Hilfe kam. Aber wenn nur die Armen die Armen unterstützen, was kann da Gutes herauskommen?“

(Fortschreibung folgt.)

voll erfüllt werden will, hat ein tägliches Verpflegungsgeld von 110 Pf. für Essen und Wohnen zu entrichten. Wenn Sie nun kommen wollen, müssen Sie mir solche Papire einsetzen, aus denen zu erschließen ist, daß Sie längere Zeit auf einer Stelle gearbeitet haben, mindestens drei Monate.

**Max Wunderlich.**  
Außerdem muß jeder ein polizeiliches Führungszeugnis über die Zeit vom 1. Februar 1905 bis jetzt vorbringen:

Die Bedingungen befinden sich auf der Rückseite des Blattes und sind ebenfalls gedruckt. Dieselben lauten:

P. P.  
Stolp in Pom.

Auf Ihre Anfrage kann ich Ihnen sagen, daß ich für eine Fabrik am Rhein den ersten (?) Arbeitstag gebraucht. Die Leute dürfen bei dem Hirsch-Danckerschen und sozialdemokratischen Gewerkschaftskartell angehörigen Gewerkschaften und Verbänden, sowie deren Hütten oder Strukturen nicht angehören! Es gelangen (?) nur solche Leute zur Einstellung, (?) die vor Fabrikarzt für vollkommen gesund und arbeitsfähig befunden werden. Die Leute müssen deutsche Reichsbürger sein nicht unter 21 oder über 40 Jahre alt sein. Die Eisenbahngesellschaft wird teilweise, auch das Gehrgeld von 3 Pf. vorgeschoßen. Die Reisekosten werden in wöchentlichen Raten von 1/2 Pf. wieder zurückgegeben. Verheiratete Arbeiter können nach einiger Zeit (wie günstig) ihre Familien nachkommen lassen, die Umzugskosten werden vorgeschoßen und nach einem Jahre geschent. (?) Sohn wird je nach Leistung gezahlt, doch beträgt der Mindestlohn für die neunstündige Schicht 3 1/2 Pf. In den Fabriken werden Farben aus Türen hergestellt, Eis gemacht, und es ist auch Holzbearbeitungsfabrik und Maschinenfabrik vorhanden. In der Speisefabrik der Fabriklosigkeit Mittagsbrot und Kaffee die Woche 2 Pf. und im Ganggelenkheim das Nachtquartier 30 Pf. Wer die Arbeit annehmen will, muss mit die Fabrikarbeiter und polizeiliches Abzugsgestest überreichen und polizeiliches Führungsschein.

**Max Wunderlich.**

Antrittsstrafe: 1.

Die Arbeit beginnt Morgens 18 Uhr, Mittagspause 1 1/2 Stunden.

Die Gewerkschaftskartelle werden gut tun, dem Treiben der Firma Wunderlich in Stolp ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Auffällig ist jedenfalls, daß die Fabriken am Rhein gar nicht genannt sind und daß sie ihre Arbeitskräfte auf dem Wege über Stolp in Pommern beziehen.

**Ein preußisches Kulturbild.** Wie die preußischen Gärter ihre Gärtnereien bewerten, berichtet die leite Nummer der "Allg. Deutschen Gärtnerzeit". Der Gutsbesitzer Karl Valde, Dr. Garz bei Krüden (Altmark) schreibt an unseren Stellennachweis unter dem 22. Januar d. J. folgendes: "Ein Gutsbesitzer, möchte neben Landwirtschaft Bienerzucht betreiben, habe aber selbst keine Erfahrung darin. Sind Sie vielleicht im Besitz eines Gärtners, der Bienerzucht versteht? Selbstgern kann ein Mann von 40 bis 50 Jahren sein, ohne Anhang und darf derselbe keine großen Ansprüche machen. Lohn wird nicht gezahlt, außer vereinbartem Leinwandgeld. Wäre daher wünschenswert, wenn derselbe Halbtagsdienste ist und sich aus seiner Rente bezahlt macht. Arbeit ist: Im Sommer Garten und Bienen besorgen, im Winter Gerbächen z. B. Kosten für Bienen machen usw., auch darf sich derselbe auch nicht scheuen vor einer landwirtschaftlichen Arbeit, sodass er im Winter auch mal Kühe oder Pferde säuert (natürlich nur wenn nötig). Es wäre aber dann auch event. eine Lebensstellung und wäre für Unbehaglichkeit nicht so übel. Erst ist gute Laufkost, ferner erhält der Mann ein heizbares (?) Glümmen zum Essen und Schlafen." — Zwei Dinge sind diesem Gutsbesitzer sicher: ein miserables Deutsch und eine grenzenlose Unverschämtheit.

**Zur Beachtung für unsere Genossen!** Aus Sollingen wird geschrieben: Im Interessenteile der gesamten Parteipresse, sowie in den Wahlblättern und sonstigen Parteinteressen dienenden Organen finden sich jähraus, jahrszeitliche und pomphafte Anklagungen häufiger, im Oberkreis Sollingen domänenreicher Berichtigungsschäfte, die dem Besitzer der Parteipresse Waren oder Art zum Kauf gegen vorherige Einwendung des Betrages anbieten. Da uns schon seit längerer Zeit Beschwerden über die geschäftlichen Probleme und über die Qualität der Warene der sog. "Verlandgeschäfte" zugegangen sind, auch die Behörde schon um Intervention angegangen wurde, so hat sich unterzeichnete Redaktion vorgenommen, im Interesse der Presse der Arbeiterpresse den uns gemachten Angaben auf den Grund zu gehen. Wir haben positive Beweise dafür in Händen, daß ein Teil der Beschwerden durchaus berechtigt ist; um nun aber ein vollständiges Material zusammenzubilden, er suchen wir alle Arbeiter und Genossen, die bereits mit den im heutigen Bezirk (Sollingen, Wald, Gräfrath, Obilis, Höhscheid) tätigen "Verlandhäusern" unangenehme Erfahrungen gemacht haben, uns den Namen des Geschäfts, der Waren und den Erfolg etwaiger Reklamationen mitzuteilen. Auch wäre die Angabe des Preises erwünscht, zu dem die Waren bezogen wurden. Eine Postkarte genügt! Wir erfreuen dringend um Erfüllung des Wunsches! Redaktion der "Berg. Arbeiterstimme", Sollingen.

**Ein wirklicher Demokrat.** In Chicago verschied am 25. Januar der in weiten Kreisen des Bestens der Vereinigten Staaten bekannte Restaurateur Philipp Henrici, nicht ganz 60 Jahre alt. Henrici war ein ungewöhnlich aufrechter und hochherziger bürgerlicher Demokrat. Mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hat er stets sympathisiert und sie wiederholt durch nachhaltige Summen unterstützt. Namentlich aber werden die Arbeiter Chicagos nicht verlossen, daß Philipp Henrici im Jahre des Bombenwurfs, 1886, offiziell für die eingefeuerten Arbeiterführer Port ergriff und diesen Viehverleugneten, ungestraft geschäftlicher Schädigung, monatelang das Essen ungernigst aus seinem Restaurant ins Gefängnis schickte.

**Genosse Erdmann in Köln** tritt Ende Janu aus der Redaktion der "Rhein. Ztg." aus, bleibt aber als Mitarbeiter für das Blatt tätig.

**Bengnis - Zwangsverfahren.** Aus Sachsen-Meiningen wird berichtet: Ein ungemeinliches Verfahren ist gegenwärtig gegen unseren Genossen Arthur

Hofmann im Gange. Dieser brachte im Dezember vorigen Jahres in seiner Eigenschaft als Landtags Abgeordneter eine Beschwerde über Missstände im Hildburghäuser Gymnasium im Landtag zur Sprache, über die die Regierung nicht gerade sehr erstaunt war, was ihrerseits das Vorhandensein von Missständen ohne weiteres zu übersehen scherte. Da ist kurz vor Vorberichtssitzung eine Petition beim Landtag ein, die sich ebenfalls mit den Missständen am Hildburghäuser Gymnasium beschäftigt, aber eine so merkwürdige Form hatte, daß die Regierung bei der Staatsanwaltschaft die Strafesfolgen des Verfassers der Petition beantragte. Unterschrieben war die Petition mit "Edelheit", einem Pseudonym. In dem Verfahren gegen den unbekannten Verfasser dieser Petition war es unser Genosse Hofmann als Bogue geladen worden, um vorbringen zu können, daß ihm die Unterlagen zu solchen Beschwerden über angeblich ein Hildburghäuser Gymnasium bestehende Missstände gegeben, da die Regierung vermutet habe, welche der Verfasser die erwähnte Petition ist. Natürlich hat es unser Genosse abgelehnt, diese Verantwortung zu begeben, unzweckmäßig, da die von ihm im Landtag gewachsene Argentin ja gar nicht den Gegenstand des Verfahrens ist, sondern nur die unsaare Form der von unbekannter Hand an den Landtag gesandter Petition. Es wäre ja nicht leicht, wenn man auf diese Weise die Immunität der Abgeordneten befreite schließen könnte. Genosse Hofmann wird selbstverständlich gegen die ihm wegen Beugnisverweigerung angebrochene Strafe Einspruch erheben und werden wir dann sehen, ob in der Tat ein deutsches Gericht sich stände wird, das gegen den Mann Boettcher der geistlichen Bestimmungen betreffend die Immunität der Abgeordneten vor allem wegen einer im Landtag selbst gemachten Äußerung ein Verfahren zwecks Erzwingung einer Aussage für zulässig erachtete.

**Genosse Max Herbig.** ein alter Parteiveteran in Süngberg, ist dort im Alter von 74 Jahren an Herzkrankheit gestorben. Der Verlobene war ein braver Parteigenosse.

**Als Gemeindeältester** wurde in Heidenau in Sachsen der Genosse Lauterbach gewählt. Die Altkönigsmühle über verweigerte natürlich die Bestätigung dieser Wahl. Echt lässisch!

**Ausgewiesen.** Übermals wird die Ausweisung eines Arbeiters aus dem Ruhrgebiet gemeldet, die in krasser Weise zeigt, mit wie kleinen Mitteln ein großes Staatswesen gegen die Arbeiterbewegung kämpft. Der 30 Jahre alte holländische Staatsangehörige Chr. van Ierselos lebte seit zirka sechs Jahren in Duisburg-Wederich. Der Mann ging seiner Arbeit nach, zahlte seine Steuern und tat niemand etwas zu leide. Umsomehr war er nun überrascht, als ihm vor einigen Tagen von der Polizeiverwaltung in D.-Wederich eine Ausweisungserfüllung zuging, wonach er als "lästiger Ausländer" bis spätestens zum 12. d. M. das preußische Staatsgebiet zu verlassen hat. Da man ihm auf seine Vorstellungen vollzähliges jenseits dieser Ankunft über den Grund der Ausweisung verweigerte, wandte sich der angeblich "lästige Ausländer" an den holländischen Konsul in Ruhrort, einen gewissen Herrn Wilhelms. Anstatt indes den sein Recht nachzuholenden Arbeitnehmer Ankunft über dem Grund der Ausweisung zu geben, meinte der Herr Konsul, es müsse dem Ausgewiesenen geklärt, zu wissen, daß die Erfüllung von der zur Ausweisung berechtigten Regierung erlossen sei. Der Grund des Vorfalls brauchte nicht näher erörtert zu werden! Lediglich werde er (der ausgewiesene Arbeiter) den Grund seiner Ausweisung schon kennen. Da nun der Ausgewiesene sich nicht in geruhesten Maße eines Verstoßes gegen irgend welche gesetzliche Bestimmungen bewußt ist, noch nie eine Strafe erlitten hat, und seinen bürgerlichen Pflichten in jeder Weise gerecht geworden ist, so kann nur ein Grund für die Ausweisung in Frage kommen, nämlich der, daß v. I. als ausgesetzter Arbeiter sich der gewerkschaftlichen und politischen Organisation angeschlossen hätte. Das allerdings ist in den Augen mancher sogenannten Staatsfünften ein größeres Verbrechen, als wenn jemand den Unterschied zwischen Mensch und Mensch verwischt. Über es ist nun mal halt so! Brav, anständige und ehrliche Arbeiters weiß man aus, insofern sie ihrer Pflicht als Massenbewohnte Arbeiter nachkommen, russische Spione und agents provocateurs oder großfürstliche Räuber hinter man gehosoma, doch verlieben im Lande der Dichter und Dichter zu schalten und walten.

**Die politischen Redakteure der "Leipziger Volkszeitung"** sind bekanntlich in dem Prozeß gegen Genossen Hartwig vom Staatsanwalt Böhme verurteilt worden. Herr Böhme sagte von ihnen: "Die politischen Redakteure der "Leipziger Volkszeitung" sind keine Freunde der Verantwortlichkeit, sonst würden sie herzkommen sein und gesagt haben: ja, wir haben es geschrieben, wir haben nichts darin und tragen die Verantwortung. Also die politischen Redakteure der "Leipziger Volkszeitung" lieben nicht die Verantwortung. Möglicherweise ist ihnen ihre Persönlichkeit zu lieb, und sie halten die Vorherrschaft für den besseren Teil der Kapferlett."

Daraufhin erlassen die Genossen Mehring, Venisch und Häntsch in der "Leipziger Volkszeitung" eine Erklärung des Zahlsatzes, daß die politischen Redakteure der "Leipziger Volkszeitung", die seit Jahren und zum Teil seit Jahrzehnten im politischen Kampfe gestanden haben, auch mit den Hauptauflazographen des deutschen Strafgesetzbuchs und nicht zuletzt mit ihnen, es an und für sich ablehnen müssten, über Vorherrschaft und Kapferlett mit einem Manne zu freitzen, der seine kapferen Angriffe gegen die Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten nur in der sicheren Position eines sächsischen Staatsanwalts unternommen hat.

**Die Schwächungen,** mit denen der Oberstaatsanwalt Böhme die politischen Redakteure der "Leipziger Volkszeitung" zu überreden versucht, für gut befand, geben dem "Vorwärts" Veranlassung zu folgenden Bemerkungen: "Dersebe Oberstaatsanwalt Böhme exzelliert vor jetzt fast 14 Jahren in Burgstädt gegen den inzwischen leider verstorbenen Genossen Albert Schmidt als Ankläger. Er unterwarf sich damals, gegen den noch nie vorbestrafen Angeklagten die Behauptung aufzustellen, er sei ein "gewohnt hämmernder oder geweberwütiger Verleumder". Ihm wurde vom Angeklagten und dessen Verteidiger, da das Gericht nicht Schutz bot, erwidert, im Saale befände sich nur einer, der den Beruf oder das Gewerbe betreibe, zu schwören und

zu beobachten, das sei er selber. Späterhin wurde der damalige Staatsanwalt wegen des Ausdrucks anstiftiert.

**Der Umsturz in Kiewruss erfaßt.** Nachdem General Böckel am Montag seine etatssätzige Gefängnisprozeß in der Strafanstalt Wohlau angestritten hat, wurden vom Berlog des "Böckel-Vacht" die beschlagnahmten Exemplare durch die Polizei wieder zurückgestellt. Die vom Gericht eingearbeitete Aufzählnahme ist in der Weise erfolgt, daß man die erste Seite jedes der über 300 Exemplare, die verdeckt gehaltenen Preisaufzüge entblößt, einzeln in kleinen zu ungefähr 100 Seitenzählungen aufgestellt. Die ebenfalls beschlagnahmte Matze hat man durch Einschreiben an einige Stellen undstellenweise Blättern der Unternehmens ebenso unbrauchbar gemacht, um einer Weiterverwendung vorzubeugen. Die beschlagnahmten Bilder werden auf Kulturboden aufbewahrt werden und durch ihr Werk Schwarz noch nach langen Jahren unserer heutigen Zustände verdient zu schädigen vermögen.

Mit einer Haftsuchnung wurde am 13. Februar auch die Redaktion unseres anhaltischen Parteorgans in Dessau benachrichtigt. Man wünschte das Original einer Zeitschrift kennen zu lernen, in welcher unter 20 Jahren eines Soldaten des Dörfner Battalions aufgetragen wurde, daß er als Reizut unter den Menschen aufzutreten und er sich am liebsten aufzuhängen möchte. Gefunden wurde natürlich nichts.

## Aus May und Fern.

**Neues vom Weipantscher Kartoffel.** Das Anwesen des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Kartoffels in Weipacht wurde vom Staatsanwalt wegen des Weinprozesses beschlagnahmt. Der beschlagnahmte Wein wurde in den Mühlbach gegossen.

**Geborene Ordnungsfamilie.** Der am letzten Sonntag verstarbene zweite Direktor der Zwicker Bauk. Stöhn, hat im Einverständnis mit dem Kassier bedeutede Unterschlagungen begangen. Der Kassier erstattete jetzt selbst Anzeige und erklärte, er habe keinen Nutzen davon gehabt.

**Mord.** In einer Wirtschaft in Berlin wurde ein 35-jähriger Kellner ermordet. Der Täter ist noch nicht endgültig.

**Den Schweinen zum Fratz!** In Nied im Innkreis hat sich die Bauernschaft Franziska Beckner dem Gericht selbst gestellt und eingestanden, daß sie vor 14 Tagen ihr neu geborenes Kind in ein Talenthus geworfen und den Schweinen vorgeworfen habe, von denen es gesessen worden sei. Das Mädchen gibt an, in Scham und Begeisterung gehandelt zu haben. — Solche schaurliche Folgen zeitigt die Achtung der unehelich geborenen Mutter!

**Bergstier.** Die dreißig Jahre alte Ehefrau Auguste Schröder in Hannover vergiftete ihre beiden Kinder und dann sich selbst mit Blysal. Der Mann war z. B. des Vorzuges vom Hause abwesend.

**Fern vom Schaf.** Vor einigen Tagen wurde die Nachricht verbreitet, daß der Berliner Anwalt Johannes Holzmann alias Sonna Hoy in Wartchen bei der Befreiung eines verhafteten Frendes von einem Polizisten schwer verletzt worden sei. Nach einer Meldung der "Münch. Neuest. Nachricht" aus Bückeburg ist der aus der Schweiz ausgewiesene Sonna Hoy dort verhaftet worden. Er trug einen falschen Bart und war bewaffnet. Nach der Verhöhung seiner Strafe wegen Barnbrüche, wird er abgehoben werden.

**Die Diktatur.** Aus Celle wird dem "Fränkischen Kurier" berichtet: Vor einem Wirtshaus saßte hier ein junger Schüler seine Hachtzeit. Der ehemalige Fleide war der duvelbar Kleid. Bis dieser Tage in selber Wohnung ein junges Mädchen mit einem niedlichen Baby auf dem Arm erschien und der jungen Frau, die allein zu Hause war, erklärte: "Ich bin die süßere Dame ihres Hauses, und dieses hier ist die Diktatur!" Später, legte das Kindchen auf des Sofas nieder und verschwand.

**Nichlosse Tat.** Zwei Polen der Arbeitsburschen stülpten eine Blasche mit ungewöhnlichem Kalt und Wärme und wälzten sie unter eine Schaf spielender Kinder. Die Blasche explodierte, zwei Kinder wurden schwer verletzt und werden außerdem wahrscheinlich das Auge leicht verlieren.

**FolgenSchwere Explosion.** In einem Steinbruch unterhalb Wohlau verlor ein in einer Arbeitshütte eine Explosion erfolgt, die einen mit der Bereitung des Mittagessens beschäftigten älteren Mann sofort tötete, einen in der Nähe wohnden Arbeitshäusler schwer verletzte und die Hütte völlig zerstörte. Die Explosion ist durch Sprengstoffe hervergerufen worden, die unter das Feuerzeugmaterial geraten waren.

**Zum Tode verurteilt** wurde vom Schwurgericht in Mühlhausen der Hanauer Zillbacher, der die Privatfalle Radlinger gefügt hatte.

**Stühlen der Gesellschaft.** Die Konstanzer Strafammer verurteilte den Besitzer und Verleger des ultramontanen "Gälemer Boten" in Überlingen, Schöber, wegen Unterschlupf und Betriebs zu 8 Wochen Gefängnis. Schöber hatte mehrere Wechselseitigkeiten gesäßt. — Das Landgericht Mühlhausen (Elsass) verurteilte den Gründer der Elsässisch-thüringischen Industrie-Gesellschaft Baikler Blumenthal wegen Betriebs und Brüder zu 18 Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe. Sein Kompagnon Guenkel wurde zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

**Der weiße Schrecken.** Auch gegen die Anarchisten werden verschärft politische "Maßnahmen" getroffen. Das von anarchistischer Seite am 21. Januar in einer großen Reihe deutscher Städte verbreitete absolut harmlose Flugblatt ist beschlagnahmt, seine Verbreiter sind festgestellt worden. Wie es heißt, wird ein Strafversfahren wegen Verleihung der §§ 110, 111, 130 St. B. gegen sie eingeleitet. Ja Berlin ist der Verfasser des Flugblatts Erich Mühsam polizeilich vernommen und trotz seines Protestes photographiert worden. Das gleiche Schicksal hatte der Redakteur des "Amarist". Otto Wendt. Verhaftet, aber nach einigen Tagen wieder entlassen, wurde auch der Anarchist Redakteur Greg Müller. Auch aus Köln, Frankfurt, Offenbach, Stuttgart und Düsseldorf werden Massenverhaftungen der Zentrale in Berlin gemeldet.

# An das kaufende Publikum von Lübeck und Umgegend.

Der Ausverkauf der Waren aus der C. Jacobsohn'schen Konkursmasse, bestehend in fertigen Herren- und Kunden-Garderoben, Stoffen zu Anzügen, Paletots und Beinsleibern, Wäsche, Kravatten, Hüte, Mützen, Trifotagen, Arbeiter-Garderoben und anderen Waren findet zu außergewöhnlich billigen Preisen **Holstenstrasse 16**, im Hause des Herrn Schlachtermeister Mühl, statt.

**Verkaufszeit:**  
Morgens von 9—1 Uhr,  
nachm. von 2—8 Uhr.  
Sonntags von 11—1 Uhr

Ganz besonders mache ich auf 1 Posten Prüfungs- und Konfirmanden-Anzüge aufmerksam.

Lagerbesichtigung ohne  
Aufzwingen gerne ge-  
stattet.

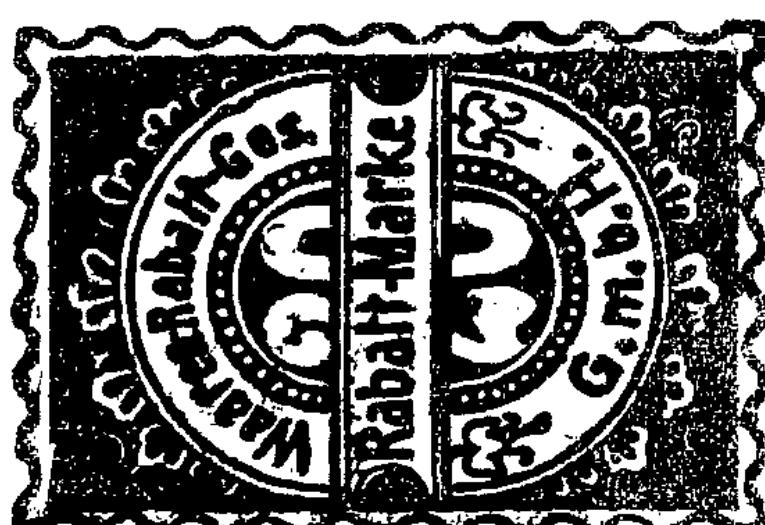
**Achtung!** Die Räumung der zur Konkursmasse gehörigen Waren muß bis Ende dieses Monats erfolgen, da der Laden per 1. März anderweitig vermietet ist!



**Uhren, Gold- u Silberware.**  
ausgekaut billig bei  
**Ernst Gentzen**  
uhrmacher,  
Königstraße 62, bei der Spree.

# Empfehlungs-Karten

**Die offiziellen Marken gehen nicht ein.**



**Nur noch kurze Zeit dauert mein**

# Inventur- & Reste-Ausverkauf

zu enorm billigen Preisen.

# Loden-Soppen und Winter-Balefots mit 20% Rabatt.

Empfiehle besonders mein großes Lager in:  
**Betten, Bettfedern u. Aussteuer-Artikeln,**  
**Kleider-Stoffen, Blusen-Stoffen,**  
**sämtlichen Manufakturwaren,**  
**Arbeits-Garderoben.**

Während des Blutverlusts gebe ich

**doppelt grüne Rabattmarken.**

Dehme volle Bücher in Zahlung mit 5 und 10 Mk.

# Wilh. Bartelt

# Breitestraße 39. \* Breitestraße 39.

**Die grünen Marken gehen nicht ein.**

Hausfrauen, kaufen Sie Butter, Eier, Käse, Wurst und Fleischwaren im Fettwaren-Geschäft  
von **Hans Wegener**, obere Wahmstraße 10. Sie bekommen auf alle Waren rote Rabattmarken.  
**Ausverkauf in Gemüse-Konserven**, prima Ware und stramme Packung garantiert.

Bestimmungen der P. L. bestimmen die Größe und Form des Stadtbereiches und Stadtbaugebietes sowie der von P. L. bestimmten Städte und Gemeinden im Rahmen des Städtebaus.